

Das Volksbegehren der Arbeiterschaft für die Einheitsfront läuft! Einzelzeichnungslisten bitte anfordern!

REICHAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 143 A

BERLIN • Dienstag, den 21. Juni 1932

1. JAHRGANG

Saboteure der Einheitsfront. Verstärkt die Arbeit für das Kampfbündnis gegen den Faschismus!

SA-Revolte niedergeschlagen.

W—er. Wir haben in der Sonntagsnummer des „Funken“ den Briefwechsel abgedruckt, der angeregt worden war durch die Berliner Bezirksleitung der KPD an die Berliner Vorstände der SPD, der Gewerkschaften und des „Reichsbanners“. Wir hatten auch die Antwort der „Eisernen Front“ abgedruckt und daran die Bemerkung geknüpft, daß aus dieser Antwort jedenfalls die äußere Bereitwilligkeit zu erkennen sei, auf die Forderung der Kommunistischen Partei nach einer gemeinsamen Arbeiterdemonstration einzugehen.

In ihrer Sonntagsnummer nimmt die „Rote Fahne“ Stellung zu der Antwort der „Eisernen Front“. Es läßt schon nichts Gutes ahnen, daß sie diese kurze Antwort nicht abdrückt. Was sie aber an allgemeinen Betrachtungen über diese Antwort veröffentlicht, ist einfach der Versuch, sich um die Herstellung einer auch nur irgendwie konkreten Einheitsfront herumzudrücken.

Wir drucken hier, um unseren Lesern über die neueste Hinausschieberei der Einheitsfront — diesmal durch die KPD — ein auf eigene Beobachtung gegründetes Urteil zu ermöglichen, den wesentlichen Inhalt der kommunistischen Antwort ab:

„Zwei Tage lang schwiegen die Führer der SPD, des ADGB und des „Reichsbanners“ zu dem Einheitsfrontangebot der KPD. Zwei Tage lang schrieb der „Vorwärts“ nicht ein Wort zu den konkreten Vorschlägen der Kommunisten zum Kampf gegen die faschistische Reaktion, sondern beschimpfte die Hunderttausende kommunistischer Arbeiter als „Kozis“.

Gestern endlich ist die Antwort der Führer der „Eisernen Front“ erfolgt. Die Bezirksvorstände der SPD, des ADGB, des „Reichsbanners“ und der anderen sozialdemokratischen Organisationen antworten mit keiner Silbe auf den konkreten Vorschlag einer gemeinsamen antifaschistischen Massendemonstration der Berliner Arbeiterschaft gegen PAPAN-HITLER. Diese Führer der „Eisernen Front“ beschimpfen die kommunistischen Arbeiter mit der Verleumdung, daß wir „mit den Faschisten in- und außerhalb der Parlamente“ zusammengehen und verlangen im gleichen Atemzug, „daß die Angriffe der Kommunistischen Partei gegen unsere Organisation und ihre Führer eingestellt werden“.

Nicht ein Wort über die notwendigen Kampfmaßnahmen, nicht ein Wort zu den konkreten Vorschlägen der Kommunisten! Eine Sorge nur bewegt die Führung der „Eisernen Front“: Wie retten wir die sozialdemokratischen Reichstagsmandate? — — — Aber die Arbeiterklasse kann nicht darauf verzichten, aus den Erfahrungen des Klassenkampfes die notwendigen Lehren zu ziehen. Und die wichtigste Lehre für die Schaffung der roten Einheitsfront ist die, daß die Tolerierungspolitik der SPD die beste Hilfe für den Faschismus ist. — — — Ablehnung unseres Vorschlages zur Massendemonstration ist nichts anderes als eine loyale Unterstützung der PAPAN-Diktatur durch die SPD-Führer. — — — Faßt darum in allen Betrieben und Stempelstellen, in allen Proletariervierteln Berlins Beschlüsse für den gemeinsamen Aufmarsch aller Arbeiter gegen den Faschismus! Euro-Führer haben diesen Aufmarsch abgelehnt! Ihr müßt diesen Aufmarsch erzwingen.“

Die wesentlichste Ausrufe der „Roten Fahne“ besteht darin, daß sie ihren Lesern vorreden will, man wolle von ihr verlangen, darauf zu verzichten, aus den Erfahrungen des Klassenkampfes die notwendigen Lehren zu ziehen. Das verlangt natürlich niemand von ihr. Im Gegenteil: gerade die Erfahrungen des Klassenkampfes zeigen, daß man in so gefährlichen Augenblicken wie dem jetzigen, nicht dem Gegner Zeit lassen darf, seine eigenen Truppen zu formieren, während man selber in einen tiefgehenden Streit mit seinen eigenen Klassengenossen verwickelt ist.

Dieser Streit um eine richtige Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung soll nicht durch die Schaffung einer Einheitsfront jetzt weggeredet oder als überflüssig bezeichnet werden.

Er soll nur vertagt werden bis zu einer Zeit, wo es sicher ist, daß die Arbeiterbewegung nicht in Kürze völlig ruiniert sein wird. Diese Gefahr besteht aber jetzt, und es kann einen der Menschheit ganzer Jammer anpacken, wenn man sich durch die offenkundigen Tatsachen veranlaßt sehen muß,

Mit begrüßenswerter Energie ging die Münchener Polizei vor gegen eine illegale nationalsozialistische Demonstration von einem Umfang und einer Angriffslust gegen die Spitze des Staats, die, wenn es sich um Kommunisten gehandelt haben würde, zweifellos für ein Verbot der Partei ausreichend gewesen wären. Dem amtlichen Bericht der Münchener Polizei entnehmen wir folgende Stellen:

„In den Morgenstunden des Sonntag wurden die in München und zahlreichen Orten Oberbayerns wohnenden Angehörigen der

SA und SS planmäßig aufgerufen.

Nach vorgefundenen Befehlen sollten sich die Leute in verkappter oder durch Ueberkleidung überdeckter Uniform in ihren Standquartieren und auf Alarmplätzen bis längstens 11 Uhr einfinden. Dort wurde ihnen der Befehl zu einer

Demonstration vor der Wohnung des Ministerpräsidenten bekanntgegeben. In mehreren Fällen gelang es, die in den Standquartieren versammelten SA-Leute festzunehmen und damit der Demonstration fernzuhalten. Deren Uniformstücke wurden polizeilich gesichert.“

„Ein von Moosburg über Freising in der Stärke von 160 Mann anrückender Zug größtenteils uniformierter Parteimitglieder

wurde außerhalb von Freimann (Vorort von München) polizeilich gestellt. Die Teilnehmer wurden bis 3 Uhr nachmittags verwahrt und nach Wegnahme ihrer Uniformstücke unter

polizeilicher Bedeckung auf dem Landwege gruppenweise abgeschoben.“

„Gegen 12 Uhr

rückten konzentrisch aus der ganzen Stadt einige 1000 Nationalsozialisten, größtenteils in Uniform,

teils nur mit Hakenkreuzarmbinde versehen, gegen die Wohnung des Ministerpräsidenten in der Prinz-Regenten-Straße vor. Durch eingesetzte starke Polizeikräfte zu Fuß und zu Pferd wurde diese Demonstration schon in der Entwicklung unterdrückt.“

„Insgesamt wurden 470 Nationalsozialisten verhaftet, gegen die Anzeige erstattet ist. Die Festgenommenen wurden vor der Entlassung ihrer Uniformstücke entkleidet.

Unter den Festgenommenen befanden sich folgende uniformierte Führer aus dem Braunen Haus:

Prinz WALDECK, Graf SPRETTI, Graf SCHWERIN und BERKELMANN.“

„Greifen Sie gegen diese Reichszerstörer durch!“ In Süd und Nord wird man es Ihnen danken. Reichsregierung, werde hart!“ So schließt ein vom Grafen VON DER GOLTZ unterzeichnetes, an Herrn VON GAYL gerichtetes Hetz-Telegramm der Vereinigten Vaterländischen Verbände gegen die Landesregierungen von Bayern und Baden.

Wer bei Papen wohlfährt!

Rpt. Was geht im Interessenbereich des Stahlvereins, des schwerindustriellen Riesenunternehmens mit 775 Millionen Mark Aktienkapital, vor? Der Stahlverein wird beherrscht von Herrn FRIEDRICH FLICK, in der Hauptsache mit Hilfe geliehener Mittel, zu einem erheblichen Teil auf Grund ausländischer Kredite. Der Fälligkeitstag für einen Teil der Kredite rückt näher und damit die Gefahr, daß Herr FLICK sie nicht zurückzahlen kann, weil er zum Beispiel aus dem Verkauf von Stahlvereins-Aktien bei deren heutigem Kurs (16½ Prozent) nicht genug Erlösen kann. Kurz: ein Spekulant hat sich verspekuliert. Das kommt alle Tage vor. Dieser Fall interessiert uns besonders, weil anscheinend das Kabinett PAPAN das ganze deutsche Volk die Zeche zahlen lassen will.

Die „Frankfurter Zeitung“ weiß über den Stand der Dinge zu berichten: Gegenüber öffentlichen Stellen sei die Möglichkeit „gebührend“ unterstrichen worden, daß entscheidende Aktienpakete in ausländische Hände übergehen. Nach Informationen der „Frankfurter Zeitung“ schweben Verhandlungen darüber, die Ueberfremdung dadurch zu verhindern, daß das Reich dem Herrn FLICK ein Paket Gelsenkirchen-Aktien auf dem Umweg über eine dem Reich nahestehende Bank abkauft. (Die Gelsenkirchener Bergwerks AG ist mit 250 Millionen Mark Aktienkapital ein wichtiger Bestandteil des Stahlvereins.) Nach der „Frankfurter Zeitung“ muß mit einem Abschluß dieser Verhandlungen gerechnet werden; der Kaufpreis für die Aktien würde dabei so berechnet werden, daß Herr FLICK in die Lage käme, die fälligen Kredite zurückzuzahlen.

Die vorliegenden Nachrichten, für die wir der „Frankfurter Zeitung“ die Verantwortung überlassen müssen, sind

noch unvollständig. Wir zeichnen trotzdem die Gefahr, die sich hier anmeldet:

Der Staat tritt unter nationalem Deckmantel in einen neuen Abschnitt seiner Tätigkeit als Wohlfahrtsanstalt für Schwerindustrielle. Er hat bisher geholfen durch Zölle, durch günstige Eisenbahntarife, durch Uebernahme von Sozialversicherungsbeiträgen auf die Reichskasse, durch öffentliche Bestellungen, durch Staatsgarantie für Rußlandaufträge, durch Sanierung von Großbanken; er hat sich der Schwerindustrie gegenüber wahrlich nicht knickrig gezeigt und hat ihr erst neuerdings die Industrieumlage halbiert. All das konnte den Bankrott nicht aufhalten.

Uebernimmt das Reich nun selber Teile der Bankrottmasse?

Uebernimmt das Reich Anlagen, die heute zum Teil nicht mehr wert sind als Eisenschrott? Ueberrimmt es sie zu einem solchen Preis, daß einer der Oberspekulanten und Oberbankrotteure in die Lage kommt, seine Kredite zurückzuzahlen? Das deutsche Volk hat — abgesehen von Herrn FLICKS Klassengenossen — nicht das geringste Interesse daran, zu verhindern, daß offenbar wird: FLICK hat sich verspekuliert und ist bankrott. Welches Interesse hat ein Reichskabinett der „nationalen Konzentration“ daran, das zu verhindern? Ein sehr großes! Denn es ist ein Kabinett der großagrarischeschwerindustriellen Konzentration — was seit langer Zeit dasselbe ist wie „nationale Konzentration“.

Den Großagrariern die Osthilfe. Den Schwerindustriellen eine Westhilfe. Den Massen in der Mitte ein Kaufkraftabbau um 1,5 Milliarden Mark. So sieht die PAPANsche Wohlfahrtsanstalt aus!

einem Materialisten und noch dazu einem kommunistischen zu erklären, daß für alle Streitigkeiten theoretischer und parteipolitisch taktischer Art, also für diesen ganzen ideologischen Ueberbau, eine materielle Basis vorhanden sein muß. Mit anderen Worten: daß Menschen, ohne sie mit einander streiten und sich über noch so wichtige und ernsthafte Angelegenheiten verständigen können, wenigstens leben müssen. Die Kommunistische Partei läßt sich vielleicht von der

trivialen Erfahrung leiten, daß es dem Faschismus trotz aller Roheit nicht gelingen wird, die Arbeiterklasse auszurotten. Solche dialektische Weisheit müssen wir den kommunistischen Führern leider zutrauen; denn sie wird in Versammlungen und bei anderen Gelegenheiten oft genug zum Besten gegeben. Wir sind natürlich bereit, die Wahrheit dieser Behauptung zuzugeben, wenn sollten die Kapitalisten auch ausbeuten, wenn die Arbeiterschaft vernichtet würde?

Gegen diese Vernichtung werden sich also sogar die Kapitalisten wenden;

was aber ausgerottet werden wird, das sind alle die Einrichtungen, durch die die Arbeiterschaft eine organisierte Bewegung, ein Machtfaktor geworden ist; ihre Verbände, ihre Presse, ihr Funktionärkörper.

Diese kann man radikal ausrotten, und zwar um so leichter, je mehr sie davon überzeugt sind, daß sie unausrottbar seien.

Wer unsterblich zu sein glaubt, wird sich gewiß nicht nach einem Mittel gegen den Tod umschauen.

Trotz aller Erfahrungen mit der unverantwortlichen Handlungsweise der Führung der großen Arbeiterorganisationen — denn die SP ist ja in Fragen der Einheitsfront im allgemeinen nicht weniger rückständig als die KP — müssen wir natürlich alles versuchen, eine Einheitsfront zustande zu bringen. Eine Förderung dieser Bestrebungen ist im Augenblick im Gange: es zirkulieren

Liste zur Sammlung von Unterschriften,

die den ADGB beauftragen, KP und SP zu der Einreichung gemeinsamer Kandidatenlisten für die Reichstagswahl zu veranlassen. Die Einigung der beiden Parteien auf eine bloße

Liste verbindet, d. h. auf eine bloße Sammlung der Reststimmen, kann hierfür nur ein ganz unvollkommener Ersatz sein.

Dieser wird in der Regel auch nur von solchen Parteien angestrebt, die eine eigene Liste aufstellen wollen, aus Propagandagründen in der Hauptsache, und die in keinem einzelnen Wahlkreis 60 000 Stimmen zusammenbringen würden, die also nach den gültigen Wahlbestimmungen überhaupt kein Mandat erhalten könnten. Dieses Schicksal würde wahrscheinlich der SAP blühen — daraus folgt aber nur, daß sie eine vollendete Torheit begeht mit der Einreichung eigener Listen. Sie sollte sich eindeutig und kurz und bündig in den Dienst der Sammelaktion für die gemeinsamen Wahlstellen stellen. Das ist bei weitem der revolutionärste Schritt, den heute eine Arbeiterpartei — noch dazu eine sozialistische — vorschlagen und gehen kann.

Vom Eisenbahnstreik zwischen Danzig und Polen. Eine großzügige Antwort.

Am 3. Juli hatte der Danziger Senat bei der polnischen Regierung eine Beschwerde eingereicht darüber, daß entgegen einem Völkerbundscheid von 1925 die Verwaltungsgestalten der polnisch-pommerellischen Eisenbahn noch immer auf Danziger Gebiet lägen; Polen dürfe in Danzig nur die Verwaltungsstellen für die auf Danziger Gebiet verlaufenden Eisenbahnstrecken unterhalten. Diese Danziger Vermahnung war der deutliche Gegenzug gegen die polnische Beschwerde, daß sich Danziger Beamte bei dem gegenseitigen Propagandastreik in die Rechte polnischer Eisenbahnbeamter eingemischt hätten.

Die Antwort, die jetzt die polnischen Behörden auf die Beschwerde des Danziger Senats gegeben haben, ist großzügiger als die auf Paragraphen gestützte Rechthaberei dieser Beschwerde: Die polnische Regierung hat beschlossen, die gesamte polnische Eisenbahndirektion von Danzig nach Thorn zu verlegen, und zwar nicht erst zum Jahresende, wie der Danziger Senat es für die Verwaltung der pommerellischen Bahn verlangt hatte, sondern unmittelbar. Die Vorarbeiten sind schon getroffen. Es handelt sich um eine Uebersiedlung von 600 Personen.

Ueber die nationalsozialistischen Lärmereien in der bayerischen Landtagssitzung am Freitag berichtet die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ berichtend: die NS hätten auch mit schweren beleidigenden Zureufen den Präsidenten sowie die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei überschüttet, Reden gehalten, Präsidialbefugnisse sich angemaßt, Lieder gesungen, den Platz eines Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei mit Hakenkreuzen beschmiert, das Pult eines Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei geöffnet und wichtige Schriftstücke daraus entnommen und unter Anführung des Vizepräsidenten Schwede das Fraktionszimmer der BVP zu stürmen versucht.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

Eine Anzahl Abgeordneter springen auf und dringen auf den Polen ein. Die Gäste auf den Tribünen trampeln mit den Füßen. Der Präsident schwingt die Glocke.

Der Kriegsminister redet, allmählich erst durchdringt er den Tumult:

„Es sind tiefernste Tage, es sind schwere Tage, für einen Kriegsminister besonders schwer. Es sind aber nicht zweifelhafte Tage... in unserem Heer; in unserem Volk, in unserer Wirtschaft sind die Kräfte voll vorhanden, geeignet, uns zum nachhaltigen Widerstand zu befähigen...“

Die Unabhängigen brechen in lautes Lachen aus.

Der Kriegsminister faßt den Säbelknäuf fester. Zwischen seinen Augenbrauen steht eine steile Falte. „Dieses Lachen wird die Kräfte nicht mindern, aber es wird dazu beitragen, diese Kräfte zu steigern. Meine Herren, diese Kräfte zu beleben und unserer Kampffront zuzuführen wird meine vornehmste Aufgabe sein!“

„Bravo!“ rufen die Konservativen.

„Bravo!“ rufen die Abgeordneten der Mitte.

„Bravo!“ rufen auch die Sozialdemokraten.

... und dann muß ich mich dagegen verwehren, daß der Führer einer großen Partei — wie ich mich leider aus dem Stenogramm überzeugen mußte — die kommandierenden Generäle mit tobsüchtigen Menschen verglichen hat...“

„Das sind sie doch — Säbelraßler!“

„Das System hat sich nicht geändert!“

„Wir stehen noch immer unter dem preußischen Kommando!“

Der weißhaarige Unabhängige Ledebur bemerkt:

„Ich erinnere an das militärische Sachverständigen-Gutachten vom 2. Oktober und rate dem Herrn Kriegsminister, sich an die Front zu begeben, an der die militärischen Kapazitäten offensichtlich zu fehlen scheinen!“

Weekend in Lausanne.

Die von offiziellen Sitzungen in Lausanne freien Tage Sonnabend und Sonntag sind von den Mitgliedern aller Delegationen eifrig für private Besprechungen und Einzelunternehmungen verwandt worden.

MACDONALD hat den englischen Plan, Abrüstungsfragen und Reparationsfragen mit einander zu verbinden, in diesen Tagen gründlich vorangetrieben. Er war in Genf und hatte dort am Sonnabend abend und während des ganzen Sonntags Besprechungen mit Vertretern Frankreichs und Amerikas; der englische Außenminister SIMON, der schon früher nach Genf gefahren war, nahm an diesen Unterredungen ebenfalls teil. Die deutsche Abordnung der Abrüstungskonferenz ist zu diesen Verhandlungen nicht eingeladen worden; der italienische Außenminister GRANDI, den man nach früheren Meldungen erwartete, ist nicht nach Genf gekommen.

Gegenstand dieser Besprechungen sollen die bisher gescheiterten Versuche der qualitativen Abrüstung sein, ferner der amerikanische Vorschlag, die Truppenbestände nach den Methoden des Versailler Vertrags herabzusetzen, und der englische Plan, der eine Herabsetzung der Heeresausgaben um 5 bis 10 Prozent vorsieht, außerdem das Verbot von Bombenflugzeugen und schwerem Geschütz und einen allgemeinen Rüstungsstillstand bis zur nächsten Abrüstungskonferenz in fünf Jahren fordert. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen liegen noch keine amtlichen Meldungen vor.

Die französische Delegation hat in Lausanne den ganzen Sonnabend hindurch über Vorschläge beraten, die die französische Regierung in den nächsten Tagen der Reparationskonferenz vorlegen will. Diese Pläne sind noch nicht endgültig fertiggestellt. Allem Anschein nach befassen sie sich mit der Forderung, Deutschland solle eine Abschlagszahlung für die Reparationen leisten, die in Form einer Verpfändung von Reichsbahnobligationen sichergestellt werden soll.

HERRIOT hat die sitzungsfreien Tage zu einem Besuch in Paris benutzt, wo er der französischen Presse und dem französischen Kabinett sehr optimistische Erklärungen über die Lage der Lausanner Konferenz abgegeben hat. Er begründete seine Ansicht mit dem Hinweis auf die vorläufige Moratoriumserklärung, durch die die Konferenz sich Ellenbogenfreiheit verschafft habe. Dieses Moratorium gebe der Konferenz die Möglichkeit, ihre Aufgaben gründlich in Angriff zu nehmen. HERRIOT benutzte seinen Aufenthalt in Paris zugleich, um im Kabinettsrat die Finanzlage Frankreichs gründlich durchzusprechen; er und einige andere Regierungsmitglieder sind keineswegs einverstanden mit den Vorschlägen des Finanz- und des Haushaltsministers, die sich eine Reihe sozialistischer Forderungen zueingemacht haben.

Die neue chilenische Regierung.

Der Sturz der revolutionären Junta, die vor vierzehn Tagen die Macht in Chile erobert hatte, ist herbeigeführt worden durch DAVILA, ein Mitglied des Drei-Männer-Kollegs, das ursprünglich dieser Junta vorstand. DAVILA ist aber schon nach den ersten Tagen aus der Regierung ausgeschlossen worden und hat daraufhin den Kampf gegen sie und vor allem gegen ihren eigentlichen Führer, den Obersten GROVE, unternommen. GROVE ist jetzt gefangen genommen worden und soll in die Verbannung geschickt werden; DAVILA hat sich zum Präsidenten von Chile ausrufen lassen.

Der Gegensatz zwischen GROVE und DAVILA liegt in ihrem Verhältnis zum Kommunismus, dem GROVE weit stärker zuneigt als DAVILA. Wie es heißt, ist der frühere chilenische Diktator IBANEZ am Sonntag mit Erlaubnis der neuen, von DAVILA geführten Junta nach Santiago de Chile abgereist und man rechnet damit, daß er sich an der Regierung beteiligen wird. Vor seiner Abreise erklärte er, daß er sich für die Bildung einer Diktatur einsetze, die die kommunistische Gefahr in Chile ein für allemal beseitige. Chile sei dieses Mal nur um Haarsbreite daran vorbeigekommen, eine bolschewistische Republik zu werden.

Der Präsident schwingt die Glocke.

Der Kriegsminister wird immer wieder unterbrochen. Auch die Sozialdemokraten werden unruhig und beteiligen sich an den Zwischenrufen. Viele verlassen ihre Plätze, um in das Reichstagsrestaurant zu gehen. In der Wandelhalle stehen Gruppen und sprechen über die eben eingetroffene neue Note des Präsidenten Wilson.

Dann hatte Haase, der Führer der Unabhängigen, das Wort. Die Abgeordneten kehren in den Saal zurück, um die Rede des Unabhängigen anzuhören. Haase spricht von den Friedensmöglichkeiten, die sich 1915 anbahnten, die 1916 bestanden, um die sich 1917 der Papst bemühte, und er erklärt alle Parteien von Westarp bis Scheidemann schuldig an der Verlängerung und an den Opfern des Krieges.

„Pfui!“ rufen die Konservativen.

„Unerhört!“ die Zentrumsleute.

Eine Anzahl Sozialdemokraten kommen nach vorn, umlagern das Rednerpult und versuchen zu stören. Sie verstehen, daß Haase sich nicht mehr an die Mitglieder dieses Hauses wendet, sondern an die unzufriedenen Massen außerhalb des Parlaments, deren Führung die Unabhängigen unter Ausschluß der Sozialdemokraten an sich reißen wollen. „Sind Sie nicht an unserer Politik beteiligt, Genosse Haase?“

„Haben Sie nicht auch Anleihen bewilligt?“

„Und als 1917 die Matrosen meuterten...“

„Da wollten Sie nichts mit zu tun haben!“

„Damals waren Sie viel zu feige!“

„Und beteuerten Ihre Unschuld!“

„Und verschanzten sich hinter Naumann!“

„Hinter einem Trimborn sogar!“

„Unerhört!“

„Heuchler!“

„Katastrophenpolitiker!“

„Das nennt man Oel in das brennende Haus schütten!“

Ebert ist nicht nach vorn gekommen. Er ist auf seinem Platz geblieben und hat anscheinend gelangweilt eine Zeitung hervorgeholt, — aber er liest nicht, keinen Satz Haases läßt er sich entgehen. Er denkt an die Zeit, da er den oft beruflich verhinderten Rechtsanwalt Haase im Parteivorstand vertreten durfte.

Die deutsche Delegation in Lausanne sieht den englischen und französischen Plänen in der Reparations- und der Abrüstungsfrage mit starkem Mißtrauen zu, ohne selber in irgend einer Richtung die Initiative zu ergreifen. Man hat in Lausanne den Eindruck, daß die deutsche Regierung ihre Verhandlungspartner ruhig mit ihren Vorschlägen an sich herankommen lassen wolle. Die einzige Stellungnahme aus den Kreisen der deutschen Delegation, von der man hört, ist die monotone und die Verhandlungen keineswegs fördernde Feststellung, daß man in der Abrüstungsfrage die Forderung nach der Gleichberechtigung Deutschlands nicht fallen lassen werde. In den französisch-englisch-amerikanischen Besprechungen vom Sonntag ist diese Forderung überhaupt nicht behandelt worden! Der Plan einer Verpfändung von Reichsbahnobligationen wird in Kreisen der deutschen Abordnung ebenfalls als undiskutierbar abgewiesen.

Wie es scheint, klammert sich die deutsche Delegation in ihrer aussichtslosen Passivität und offensichtlichen Isoliertheit an gewisse Übereinstimmungen zwischen ihr und den Vertretern Italiens. Am Sonnabend vormittag hatte von PAPAN eine längere Aussprache mit dem italienischen Außenminister GRANDI. Ueber diese Besprechung liegen keine sicheren Meldungen vor, gerüchtweise heißt es aber, daß die Verhandlungen zu Einstimmigkeiten geführt haben und daß sie fortgesetzt werden sollen. Das Nichterscheinen GRANDI in Genf hat eventuell seinen Grund in einem Zusammengehen Italiens und Deutschlands.

PAPAN endlich hat das sitzungsfreie Weekend zu einer „Ansprache an mein Volk“ benutzt. In der der Reichsregierung vorbehaltenen Rundfunkstunde am Sonnabend abend hat er von Lausanne aus für alle deutschen Sender eine Rede gehalten, in der er die Schwierigkeiten der Lausanner Verhandlungen nur kurz streift, ohne sie zu nennen; sein ganzes Bemühen gilt einer Rechtfertigung und Propaganda für sein Kabinett. Interessant ist an seiner Rede höchstens die folgende Stelle, durch die die Aufhebung des SA-Verbots sehr verständlich wird. „... Gleichzeitig aber mußten die hier in Lausanne versammelten Führer des Auslandes verstehen, daß unser Volk nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine parlamentarische Krise durchmacht, eine Krise, in der nicht mehr das Auf und Ab, das Für und Wider der rein parlamentarischen Ausgleichsmethoden ruhiger Zeiten möglich ist, sondern deren Ueberwindung nur im Geist einer einheitlichen nationalen Willensbildung verwirklicht werden kann.“

„Einheitliche nationale Willensbildung“ ist also die PAPENSche Uebersetzung für die Ersetzung der Demokratie durch den Terror militärisch organisierter NS-Horden.

Die Anhänger GROVES, vor allem die Fliegertruppen, denen er seinen Sieg verdankt hatte, scheinen sich mit seinem Sturz nicht ohne weiteres zufrieden zu geben. Es liegen eine Reihe von Meldungen über Aufstände dieser Truppen vor, die die neue Regierung dementiert allerdings offiziell diese Gerüchte —, wonach der größte Teil aller Fliegertruppen sich für GROVE einsetzt. Der Kreuzer, auf dem GROVE in die Verbannung geschickt werden soll, ist angeblich von einigen Bombenflugzeugen angehalten und an der Weiterfahrt verhindert worden. Tausende von Eisenbahnern sind, was von der Regierung nicht dementiert wird, als Sympathieerklärung für GROVE in den Streik getreten; das Armeekorpskommando hat ihnen ein Ultimatum gestellt, daß ihnen mit Entlassung, Verhaftung und Aburteilung vor einem Kriegsgesicht droht, wenn sie nicht bis zum Montag vormittag ihre Arbeit wiederaufgenommen haben.

Die englische Regierung hat einen Kreuzer nach Peru gesandt, der bereitliegen soll, eventuell die englischen Interessen in Chile zu schützen.

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungsmanövern für das KP-Verbot ist die Verhaftung eines Kommunisten in Jüterbog-Damm interessant: er soll planmäßig innerhalb der Reichswehr für die KP geworben haben.

Hugo Haase ist eigentlich der legitime Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei. Ebert wurde im Jahre 1913 nach Bebels Tod an Haases Seite zum Vorsitzenden bestellt; im Jahre 1915 hat er ihn verdrängt — in einer Zeit, in der nur die Parteibeamteten, aber nicht die Massen der zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter mitsprechen konnten. Schon Bebel hat vorausschauend vor dem tüchtigen, in allen Einzelheiten des Parteibaues beschlagenen Beamten Ebert, dem das Formale mehr als die Idee ist, gewarnt und seine Freunde beschworen, niemals das Schicksal der Partei allein in seine Hand zu legen.

Das alles hat Ebert, der getreue Diener und erste Hausknecht der Organisation, der sich in anormalen Zeiten zu ihrem Herrn aufschwang, nicht ganz vergessen. Doch Ebert kann auch Qualitäten für sich in Anspruch nehmen: Niemals hat er seine Stellung für persönliche Interessen benutzt. Unbestreitbar ist er ein Taktiker, der die Partei noch aus jeder schwierigen Situation hinauszuführen verstand. Und an den Begriff Vaterland glaubt er tatsächlich, er hat ihm zwei Söhne geopfert...“

Und der Rechtsanwalt Haase — hat er nicht als erster Vorsitzender der Partei, am 4. August 1914, am selben Rednerpult gestanden, hat er sich damals nicht der Parteidisziplin gebeugt und trotz seiner abnehmenden Stimme in der Fraktion ausgeführt: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationalen, die das Recht auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung immer anerkannt hat. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite!“

Das war die festgelegte Linie der Partei.

Die hat Haase disziplinwidrig verlassen!

Ebert ist auch in schweren Zeiten treu geblieben.

Er hat seine Sicherheit wieder, faltet die Zeitung zusammen, sitzt in der unerschütterten Ruhe seines Fettes auf seinem Platz und hört den Worten Haases zu, der als Ankläger der Kriegspolitik am Podium steht und dem Kaiserreich die Leichenrede hält. Mit jedem Satz, den Haase hinaus schreit, wird der Tumult im Hause stärker.

(Fortsetzung folgt.)

Aufgaben für Braun-Severing.

Uniformverbot für die SA.

Es hat sicher alle Gegner einer Totschlagspolitik, wie man sie bei der Aufhebung des SA-Verbotes erwarten konnte und wie sie auch eingetreten ist, erfreut, daß die bayerische Regierung, sonst gewiß kein Muster einer revolutionären Regierung, den HITLER-Banden das Leben wenigstens so sauer macht, wie sich's bei einer nazifreundlichen Reichsregierung einrichten läßt. Auch daß der Präsident STANG gleich die ganze bunt angezogene Fraktion der NS für 3 Wochen rauswerfen ließ, war erfrischend. Um so mehr muß man verwundert sein, daß die Regierung BRAUN-SEVERING keinen Finger in dieser Richtung rührt. Sie hat dazu alle Veranlassung: Die Taten der NS sind bereits so, daß sie verdienen, hart angefaßt zu werden; der Präzedenzfall für ein Verbot im Ländermaßstab ist durch das bayerische Beispiel gegeben, und persönliche Sympathien für die NS hat in der Preußen-Regierung wahrscheinlich niemand.

Wir wissen nicht, was BRAUN und SEVERING denken. Wir denken z. B. an die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten, die für den Mittwoch auf der Tagesordnung des preußischen Landtags steht. Es wäre auch für diese Wahl wichtig für die Parteien, daß über die Haltung der Regierung BRAUN zum SA-Verbot Klarheit geschaffen würde. Diese Regierung kann nur bestehen bleiben, wenn Kommunisten und Zentrum (außer SP) für sie stimmen. Die Mandatsverteilung ist folgende:

KP 57, SP 93, Staatspartei 2, Zentrum 67, DVP, Christl. Soz. und Hannoveraner zusammen 10, NS und DNVP zusammen 193 Sitze.

Es genügt also, um BRAUN zu halten, nicht, daß die KP sich der Stimme enthält. Wir raten der KP aus diesem Grunde, für BRAUN zu stimmen, wenn wir ihr auch durchaus nachfühlen können, daß dies eine ziemliche Zumutung ist. Doch im Augenblick gibt es in dieser Frage sicher keinen leichteren Entschluß. Aber gerade dann sollten die Herren in der preußischen Regierung sich mit der SA und überhaupt der wachsenden Reaktion etwas eindringlicher befassen als bisher. Ueber die Zustände seit der Aufhebung des SA-Verbotes berichten die folgenden Meldungen:

Am Freitagabend in Charlottenburg überfiel eine Bande von etwa 150 NS, meist in Uniform; eine Gruppe von etwa 35 „Reichsbanner“-Leuten, die Gehossen von der Sozialistischen Arbeiter-Jugend von einem Abend nach Hause begleiteten. Daß es sich um einen vorbereiteten Überfall handelte, geht daraus hervor, daß während die 150 NS den „Reichsbanner“-Leuten „begegneten“, aus der NS-Kneipe in der Goethestraße einige Dutzend Stühle herausgereicht wurden, mit deren Beinen die SA sich bewaffnete. Vier „Reichsbanner“-Leute wurden verletzt. Als das Überfallkommando in der Goethestraße eintraf, behaupteten die NS, das „Reichsbanner“ hätte ihr Lokal demoliert (dessen Stühle die NS zur Bewaffnung verwandt hatten).

In Neukölln wurden am Freitagabend mehrere Straßen von Gruppen zu je 15 bis 20 uniformierten SA-Leuten nach politischen Gegnern abgekämmt. Bei Auftauchen von Polizei verschwanden die NS in ihren Kneipen. Ein derartiger Truppschlag drei junge Arbeiter nieder; das Überfallkommando erschien; der Führer der SA meldete militärisch, mit Strammstehen, die drei Arbeiter hätten angegriffen; dann wurden festgenommen — die drei Niedergeschlagenen.

Auch in Stuttgart fanden am Freitag in vielen Stadtteilen lange Schlägereien zwischen NS und Gegnern statt.

In Geinsheim (Hessen) fielen über etwa 70 „Reichsbanner“-Leute, die zu einer SP-Versammlung nach Geinsheim kamen, etwa 200 Einwohner Geinsheims mit Hacken, Sensen und Knüppeln her. Zwei Schwer- und zwei Leichtverletzte.

Eine regelrechte Straßenschlacht zwischen NS und Gegnern wurde in Birkesdorf (Rheinland) am Freitag geschlagen.

Weitere Meldungen über NS-Schlägereien liegen uns vor: von Freitag aus Aachen, Breslau, Hannover, Duisburg, Essen-West, Kottbus, Remscheid und Ried (Hessen); vom Sonnabend aus Bottrop, Gelsenkirchen und Stettin; von Sonnabend-Sonntagnacht aus Mainz und Mombach (Hessen); von Sonntag aus Köln.

Das Empörendste ist, daß die Rechtspresse, gespeist von HUGENBERGS Telegraphen-Union, fast alle diese fast allgemein von den NS mindestens provozierten Zusammenstöße verfälscht in Ueberfall auf NS, natürlich von Kommunisten. Diese Vergiftung der öffentlichen Meinung ist durchsichtig als ein

Manöver, das das Verbot der Kommunistischen Partei vorbereiten soll.

Wir bitten nicht nur alle Freunde unserer Zeitung, sondern auch alle anderen Gegner der NS-Provokationen, uns zu unterstützen in unseren Bemühungen, jener Vergiftung der öffentlichen Meinung entgegenzutreten durch eine objektive Berichterstattung über das Treiben der SA auf den Straßen.

Sendet uns Berichte über NS-Schlägereien, wo ihr nur etwas Zuverlässiges erfahren könnt — sei es, daß ihr selber Augenzeugen wart, oder Berichte zuverlässiger Augenzeugen hört!

Selbstverständlich gilt für alle, die nicht mithelfen wollen, Vorwände für das Verbot der KPD und anderer Arbeiterorganisationen zu liefern, die alte Mahnung: Laßt euch nicht provozieren!

Anläßlich der Kölner SA-Unruhen vom Sonntag hat die Kölner Zentrumspartei, eine einem Verbot der KPD gewiß nicht abgeneigte Stelle, an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem es unter anderem heißt:

„Die Aufhebung des SA-Verbotes hat leider die von weiten Kreisen befürchteten Folgen gehabt. . . Wir fordern erneut ein energisches Verbot uniformierter Verbände.“

Im Bericht der Kölner Polizeipressestelle wird gesagt, daß die Polizei, nach einwandfreien Zeugnisaussagen, aus dem Kölner Parteihaus der NSDAP, in der Mittelstraße, beschossen worden ist.

Am Montag morgen lagen uns neue Meldungen über NS-Unruhen vor aus Chemnitz, Hagen, Wuppertal und München. In Hagen gab es dabei am Sonnabend 30 bis 40 Verletzte, in Wuppertal in der Sonnabend-Sonntagnacht über 20 Verletzte und einen Toten.

Gründe für ein energisches Einschreiten liegen für SEVERING also mehr als genug vor.

Zwei Tote, ein Arbeiter und ein Polizeibeamter, sind die Opfer einer Schießerei zwischen Polizei und Arbeitern in Hamburg am Freitagabend.

Strafe für Engstirnigkeit / Die Hessen-Wahl.

Das Resultat.

S. H. Die hessische Wahl gibt einen Vorgeschmack von dem, was am 31. Juli in Deutschland eintreten kann,

wenn nicht durch das Zustandekommen gemeinsamer Arbeiterlisten in allen Wahlkreisen ein außergewöhnlich starker Auftrieb der sozialistischen Kräfte aller Richtungen eingeleitet wird.

Die Hauptergebnisse: Zurückgehen der Kommunisten, und zwar noch unter den Stand beim ersten Präsidentenwahlgang; Halbierung des Blocks von SAP und KPD-O; nur geringe Veränderungen bei den Sozialdemokraten und dem Zentrum, wobei in Hessen diesmal die SPD etwas gewann, das Zentrum etwas verlor; ein trotz Einheitsliste unwiderstehliches Absacken des Interessentenhaufens, den nur die Angst vor HITLER zusammenhielt; ein Steckenbleiben der Deutschnationalen; ein Anstieg der NS, selbst über den Stand bei der zweiten Präsidentenwahl, bei der doch ein großer Teil der Duesterberger bereits bei ihnen war, hinaus.

Die hessische Arbeiterschaft zeigte sich keineswegs geneigt, auf die Karte der kommunistischen Politik zu setzen, die doch das Erbe der ganzen politischen Wirrnis antreten will. Uns wundert das nicht angesichts der vorläufig noch anhaltenden Unbelehrbarkeit des ZK. Aber vielleicht nötigt diese neue Maulschelle die Empfänger, etwas mehr Realpolitik zu machen statt Illusionen über den Fortschritt der KP nachzuhängen.

Der neue Hessen-Landtag.

Kommunisten	7	(10)
SAP und KPD-O	1	(2)
Sozialdemokraten	17	(15)
Zentrum	10	(10)
Nationale Einheitsliste (Deutsche Volkspartei, Staatspartei, Christlich-Soziale Volksrechtspartei, Landvolk, Wirtschaftspartei)	2	(5)
Deutschnationale	1	(1)
Nationalsozialisten	32	(27)
Zusammen 70		(70)

Die Stimmzahlen.

Die Stimmen verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien (bzw. auf Familie LEUCHTGENS):

	Vergleichszahlen			
	Landtagssw. 19. 6. 32	Präsidentenw. 10. 4. 32	Landtagssw. 13. 3. 32	Landtagssw. 15. 11. 31
KPD	82 111	70 384	104 862	106 790
SAP und KPD-O	11 697	—	—	23 108
SPD	172 545	—	—	168 101
Hessische Demokraten	4 923	—	—	4 613
Zentrum	108 603	—	—	112 444
Nationale Einheitsliste	25 175	—	—	68 208
Dr. LEUCHTGENS	2 079	—	—	—
Deutschnationale	11 267	—	16 203	10 857
NSDAP	328 313	314 039	280 170	291 183

Ein neuer Fall Gumbel.

Professor E. J. GUMBEL, der die kriegslustigen Leute und die Organisatoren des rechtsradikalen Bürgerkrieges oft in Wut versetzt hat, weil er über ihre Tätigkeit die Wahrheit, und zwar in Zahlen, gesagt hat, scheint neulich wieder einmal ihr Mißfallen erregt zu haben. Er soll in einer Versammlung das an sich nützliche Nahrungsmittel „Kohlrübe“ in profane Verbindung zu dem geheiligten Massenmord gebracht haben, den eine perverse Denk- und Empfindungsart gern als „große Zeit“ bezeichnet. Die nationalsozialistische Presse in Heidelberg hatte sich natürlich den Mund schäumig gerodet über den Vaterlandsverräter.

GUMBEL soll, wie heute mitgeteilt wird, etwa gesagt haben, und zwar in einer geschlossenen Versammlung und in freier Rede: „In der Kriegzeit wurde der Hunger schließlich zu dem alles überragenden Gefühl. Die Kohlrübe, das Hauptnahrungsmittel, ist vor allem für die Arbeiterschaft die stärkste Erinnerung an diese Zeit und daher ein Symbol für den ganzen Krieg. Heute aber versucht man den Krieg zu verklären und durch kitschige Denkmäler im Stil der leichtbekleideten Jungfrau mit der Siegespalme, die dieser furchtbaren Tragik nicht entsprechen, als schön darzustellen.“

Wenn man an dieser Darstellung überhaupt etwas aussetzen will, dann soll man sagen, daß sie den Krieg weitgehend schönfärberisch erläutert. Denn nicht in erster Linie der Hunger, sondern die Sinnlosigkeit war das Scheußliche an dieser menschlichen Geißel, die Ungerechtigkeit in der Belastung der Einzelnen, die unterschiedliche Behandlung insbesondere der Offiziere und „Leute“, die nackte Profitgier der Rüstungslieferanten, die alles Maß von Anständigkeit und Faßbarkeit übersteigende Gemeinheit und Verlogenheit der „blutigen Internationale“, deren deutsche Vertreter gerade heute die Schützer HITLERS und seiner Trabanten sind, die deshalb nicht ertragen können, daß über den Krieg die Wahrheit gesagt wird. weil das heißt: ihnen die Maske von der durch Sadismus und Habgier verzerrten Fratze zu reißen. — Tun wir dies also! Lassen wir uns nicht beirren!

Vor einigen Jahren (am 16. Mai 1925) hatte die philosophische Fakultät der Heidelberger Universität einen Beschluß gefaßt über ihr Mitglied Dr. GUMBEL, der bei ihnen Anstoß erregt hatte mit einer Aeußerung, in der er sich gegen die Annahme gewandt hatte, der Krieg sei das Feld der Ehre.

Zu der geistigen Leistung der philosophischen Fakultät

hat s. Zt. LEONARD NELSON Stellung genommen. Dieses Gutachten drucken wir hier ab, weil wir glauben, daß es Dr. GUMBEL und vor allem der Wahrheit nützt.

„Das Auffallendste an dem Beschluß der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg ist die darin enthaltene Unklarheit. Man sucht vergeblich nach einem greifbaren Vorwurf, der GUMBEL gemacht wird. In dem zweiten der beiden Gutachten, auf die sich der Beschluß der Fakultät stützt, heißt es ausdrücklich: „Wo dieser Idealismus in Frage kommt, hat er Mut, nicht nur die Zivilcourage, zu sagen, was er denkt, sondern den Mut zum Wagnis seines Lebens.“ Und die Fakultät selbst kommt, indem sie das Ergebnis der Gutachten und ihre eigene Meinung zusammenfaßt, zu dem Urteil, daß GUMBEL sich keines Vergehens schuldig gemacht habe, das ein Einschreiten gegen ihn rechtfertige. Aber unmittelbar danach findet sich die Behauptung: „Dr. GUMBEL hat durch sein Verhalten das Vertrauen, das seine Stellung erfordert, aufs Schwerste erschüttert.“

Diese Unklarheit in der Beurteilung des GUMBELschen Verhaltens wird freilich begreiflich, wenn man in dem Gutachten liest, daß „es durchaus unbestimmt ist, was der Würde und dem Niveau der Universität entspricht.“ Die hiermit klar eingestandene Unfähigkeit, für die Beurteilung der Angelegenheit einen Maßstab zu finden, müßte die Fakultät folgerichtig dazu nötigen, sich jedes Urteils über die Persönlichkeit des Hochschullehrers GUMBEL zu enthalten. Im Grunde tut sie dies auch; denn das in mannigfachen Wendungen wiederkehrende Urteil, „daß ihr die Zugehörigkeit Dr. GUMBEL zu ihr als durchaus unerfreulich erscheint“, ist überhaupt kein Urteil über GUMBEL, sondern stellt nur die Gefühle persönlicher Abneigung der Fakultätsmitglieder fest.

Alles, was die Fakultät über solche Aeußerungen der Abneigung hinaus gegen GUMBEL vorbringt, beschränkt sich darauf, daß er einen „geradezu elementaren Mangel an Takt“ aufweise, einen Mangel, der darin zu Tage getreten sei, daß GUMBEL „in keiner Weise das Bedürfnis empfand, durch Zurückhaltung der gegen ihn angehäuft Mißstimmung Rechnung zu tragen“, daß er nicht im stande ist, „auch nur diejenigen Gefühle zu achten, die den weitaus überwiegenden Teil der Mitglieder der akademischen Korporation beseelen“, und daß „auf den Frieden der Universität Rücksicht zu

Man möchte nicht glauben, es mit der Kundgebung einer philosophischen Fakultät zu tun zu haben, wenn man in dem auf dieses Eingeständnis unmittelbar folgenden Satz liest, daß es „doch wohl als charakteristisch für GUMBEL“ anzusehen sei, „daß er Interessen der Universität eigentlich für sich nicht kennt“.

nehmen, sich still zu verhalten angesichts eines verbreiteten Unwillens, Provokationen zu vermeiden, seinen Gedanken selbst als Problem fern liegt“.

Das Verschulden GUMBELs besteht also darin, sich nicht um die in seiner Umgebung bestehenden Machtverhältnisse gekümmert zu haben. Ihn deshalb taktlos zu nennen, sollten gerade die vermeiden, die den bloßen Machtstandpunkt auch nicht immer gutheißen, z. B. dann nicht, wenn er von den Siegern im Weltkrieg eingenommen wird. Und es ist sicher nicht im Interesse der „nationalen Würde“, diesen Machtstandpunkt in den akademischen Kreisen zu begünstigen, einen Standpunkt, der auf der einen Seite zum Faustrecht, auf der anderen Seite zum Duckmäusertum und zur Kriecherei führt.

Nun ist allerdings nicht jeder, der sich gegen die bestehenden Verhältnisse wendet, allein deswegen schon als ein Vertreter des Fortschritts zu begrüßen; es gibt Menschen, die eine gewisse Freude am bloßen Krakeelen haben. Daß indessen GUMBEL zu diesen Menschen gehört, dafür bietet die Denkschrift der Fakultät keinen Anhalt. Vielmehr ist anzunehmen, daß er als bloßer Krakeeler keine Ursache hätte, den „Mut zum Wagnis seines Lebens“ aufzubringen. Was GUMBEL leitete bei seinen Handlungen, das war offensichtlich der Wunsch, die Wahrheit zur Geltung zu bringen. Und zu Zeiten, als es noch durchaus bestimmt war, „was der Würde und dem Niveau der Universität entsprach“, galt dieses Ziel, die Erforschung und Verkündung der Wahrheit, als der vornehmste Zweck der Universität.

Aber mit der Veröffentlichung seiner beiden Schriften „Vier Jahre Mord“ und „Verschwörer“ hat GUMBEL nicht nur der Wahrheit gedient. Und es ist auch nicht der dabei bewiesene Mut allein, was ihm an dieser Tat besonders hoch anzurechnen ist. Es lag auch im Interesse der „nationalen Würde“ — deren Ideo zu vertreten nach dem Urteil der Fakultät eine Aufgabe der Universität ist — und es war eine große wahrhaft patriotische Tat, den Schändern der Nation, den Aposteln des Meuchelmords und der Klassenjustiz, rücksichtslos mit der Wahrheit entgegenzutreten.

Vergleicht man unbefangen die Kundgebung der Fakultät mit den Schriften GUMBELs, so wird man es keineswegs für ausgemacht halten, daß, wie im Gutachten gesagt wird, GUMBEL der Universität eine Position verdankt, „die ihm eine im Vergleich zu bloß privatem Dasein erhöhte Stellung gibt“. Moralisch verleiht vielmehr GUMBEL der Universität eine erhöhte Position, und ich will hoffen, daß das eintritt, wovon die Fakultät sich fürchtet, daß nämlich nicht die Universität GUMBEL, sondern daß GUMBEL der Universität ein Relief gibt.

Willi Eichler.

Der Ruf nach der Einheitsfront.

„Die am 9. Juni stattgefundene Versammlung der Sektion Straßenbahner der Ortsverwaltung Bochum, fordert den Vorstand (des Gesamtverbandes) auf, beim Vorstand des ADGB dahin zu wirken, daß er die Initiative ergreift, um zwischen den politischen Parteien der Arbeiterschaft eine einheitliche Abwehrfront herzustellen, die unbedingt schnellstens geschaffen werden muß, um den Kampf gegen die Reaktion und für die sozialen Lebensrechte der Arbeiterschaft erfolgreich führen zu können.“

Auch bei den Straßenbahnern Bochums kursieren Listen, welche den ADGB auffordern, für die kommende Reichstagswahl die Initiative für die Schaffung eines linken Wahlblocks zu ergreifen.

Die am 15. Juni tagende Freidenkerversammlung fordert von dem Vorstand des ADGB umgehend die Ausarbeitung einer Plattform für die Schaffung eines einheitlichen linken Wahlblocks SP-KP bzw. Listenverbindung. Tausende Funktionäre und Millionen Arbeiter und Angestellte erwarten in den Stunden höchster Gefahr für den Fortbestand der Arbeiterbewegung nach jahrelangen Mißerfolgen auf allen Seiten — endlich Besinnung! Schafft die Begeisterungswelle, auf die Zehntausende von Funktionären warten, um mit unwiderstehlicher Kühnheit den gemeinsamen Feind der Arbeiterbewegung, den Faschismus, für immer zu schlagen!

Diese Entschliebung wurde in der am 15. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung des Deutschen Freidenker-Verbandes, Ortsgruppe Eisenach, einstimmig angenommen.

„Die heute, am Tage der Aufhebung des SA-Verbot, versammelten Vertreter des Kasseler Kampfausschusses gegen Zwangsarbeit und Krieg begrüßen die z. Zt. mit Energie betriebenen Bestrebungen nach Schaffung einer Einheitsfront des gesamten deutschen Proletariats zur Abwehr des Faschismus. Insbesondere begrüßen sie die Bemühungen, die darauf abzielen, für die nächsten Reichstagswahlen einen einheitlichen linken Wahlblock zu schaffen, weil dadurch ein großer und kühner Schritt in der Richtung zur Einheitsfront des Proletariats überhaupt getan wird. Auch sie fordern von den örtlichen und Spitzenverbänden der freien Gewerkschaften die Initiative zur Schaffung dieser Einheitsfront, um so in zwölfter Stunde allen Streit darüber, wer von den Parteien vorangehen soll, zu erübrigen.“

Internationale Hilfs-Vereinigung, Bezirk Berlin-Brandenburg Berlin SW 68, Wilhelmstraße 135, Tel. Bergmann 87 36.

Ortsgruppe Neukölln: Montag, den 20. Juni, Mitgliederversammlung, 7.30 Uhr, Lokal Schwarz, Berlin-Neukölln, Köpstr. 18.

Ortsgruppe Pankow: Dienstag, den 21. Juni, 8 Uhr, im Jugendheim Mühlentstraße 77, Fortsetzung des Vortrags und Diskussion über „Wie verhält sich der Proletarier vor Polizei und Gericht?“ Referent: Genosse Strobl.

Ortsgruppe Charlottenburg: Donnerstag, den 23. Juni, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Grünar, Kaiser-Friedrich-Str. 13.

Geschenk an die Reaktion.

Die Kohlenherren warten bis nach dem 31. Juli.

F. G. Der Reichsarbeitsminister ist seinerseits um die Entscheidung im Ruhrbergbau herumgekommen.

Die am 30. Mai gefällten Schiedssprüche über Lohn- und Mantelvertrag sind jetzt von beiden Parteien angenommen worden, während bisher die Gewerkschaften gegen den Schiedsspruch über den Lohnvertrag waren.

Der bestehende Lohnvertrag wird unverändert verlängert und ist erstmalig zum 31. Juli 1932 kündbar.

Der Mantelvertrag tritt mit Ausnahme folgender Aenderungen in Kraft:

Der im letzten Jahre um einen Urlaubstag verminderte Urlaubsanspruch wird wieder auf den früheren Stand gebracht. Jedoch vermindert sich die gesamte Urlaubsvergütung für 1932 von 100 auf 70 Prozent.

Ueber die Arbeitszeit darf zu gleicher Zeit verhandelt werden, zu der über das bestehende Mehrarbeitszeitabkommen während der Dauer dieses Tarifs verhandelt wird. Der Mantelvertrag läuft bis 31. März 1933.

Wir halten es für falsch, daß die Gewerkschaften der Austragung des Konflikts vor der Wahl am 31. Juli ausgewichen sind. Der Enthüllung des reaktionären Charakters der Regierung und der Bildung der Kampffront der Arbeiterklasse wäre die Austragung dieses Konflikts nur nützlich gewesen. Der Verzicht auf die Austragung des Kampfes ist geradezu ein Geschenk an die Reaktion. Die Unternehmer werden ihre tariffeindlichen Pläne nach dem 31. Juli bestimmt zu verwirklichen suchen. Ueber diese Pläne gibt die Erläuterung des Schlichters zu dem Lohnschiedsspruch vom 30. Mai Aufschluß. Es heißt da:

„Eine wesentliche Rolle bei den Verhandlungen spielte der Antrag des Zechenverbandes, den Tariflohn herabzusetzen. Der Zechenverband wollte sich jedoch verpflichten, daß nur ein Teil der Belegschaft von diesem Abzug betroffen werden sollte, während der übrige größere Teil durch über tarifliche Löhne den alten Lohn erhalten sollte. Der Abzug sollte nach dem Antrag des Zechenverbandes im Durchschnitt über eine gewisse Höhe nicht hinausgehen dürfen. Da aber der Lohn des Arbeiters durch eine solche Regelung einseitig vom Arbeitgeber zu bestimmen gewesen wäre, hätte ein klagbarer Anspruch des einzelnen Arbeiters auf einen bestimmten Lohn nicht bestanden. Dieser Anspruch ist aber der Kern des Tarifrechts. Es sei ihm, dem Schlichter, daher bedenklich erschienen, eine so weitgehende Aenderung, ja Unterhöhung des Tarifrechts vorzunehmen, zumal eine so grundsätzliche Aenderung wohl eher Sache der Gesetzgebung wäre.“

Kampfansage des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Berlin, 20. Juni.

Der freigewerkschaftliche Allgemeine Deutsche Beamtenbund veranstaltete am Sonntag aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens eine Feier im ehemaligen Herrenhaus. Zahlreiche Behörden hatten Vertreter entsandt; der Vorsitzende, FALKENBERG, stellte das bezeichnende Fehlen von Vertretern der Reichsregierung fest, die offenbar gemeint hat, erneut zeigen zu müssen, daß für sie „national“ sein weiter links von HUGENBERG nicht möglich ist.

In seiner Ansprache wies FALKENBERG darauf hin, daß die Beamten aus Selbsterhaltungstrieb gar nicht anders können, als sich in die Einheitsfront der Arbeiter- und Angestellten-gewerkschaften einzureihen. Sie müssen den Mut finden, vor aller Welt nicht nur sich zur Freiheit zu bekennen, sondern auch für sie zu kämpfen. Der Bund sei nicht Gegner des Deutschen Beamtenbundes. Er verstehe aber nicht dessen Weg, der der neuen Reichsregierung folge, anstatt diese gemeinsam mit anderen Arbeitervereinigungen vor Ueberspannung des Bogens zu warnen.

In einer einstimmig angenommenen Entschliebung protestierte der Bundesausschuß des ADB gegen die neue Notverordnung. Sie könne mit ihrer völligen Schonung, ja teilweisen Entlastung des Besitzes, mit ihrem weitgehenden Abbau der Sozialpolitik, mit der einseitigen Belastung der arbeitenden Schichten, von der freigewerkschaftlichen Beamtenschaft nur als eine Tat schlimmster Sozialreaktion beurteilt werden. Die selbst in ihrer materiellen und sozialen Lage aufs schwerste beeinträchtigte Beamtenschaft erkläre, daß sie nicht länger gewillt sei, sich zum Objekt einer solchen Politik machen zu lassen.

In einer zweiten Entschliebung lenkte der Bundesausschuß des ADB die Aufmerksamkeit der Beamtenschaft „auf die mit dem Anwachsen der politischen und wirtschaftlichen Reaktion immer offener zutage tretenden Angriffe auf die Vereinigungsfreiheit der Beamten“.

Er fordere die freiheitlich gesinnte Beamtenschaft auf, gemeinsam mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft zur Verteidigung ihrer Staatsbürgerrechte den schärfsten Kampf gegen alle Gegner der republikanischen Reichsverfassung und der Vereinigungsfreiheit zu führen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hannover: Mittwoch, den 22. Juni 1932, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Schafft den linken Wahlblock zu den Reichstagswahlen!

Hamburg-Hammerbrook: Am Donnerstag, dem 23. Juni, um 20.15 Uhr, im Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Proletarier aller Parteien verständigt Euch! Schafft die proletarische Einheitsfront!

Köln: Freitag, den 24. Juni, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Straße 5, I. Etg. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Köln-Deutz: Donnerstag, den 23. Juni, 20.15 Uhr, Lokal ARENZ, Siegburger Str. 60. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

München: Dienstag, den 21. Juni, 20 Uhr, im Gasthaus „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: Nationalisten und Faschisten auf dem Marsch! Wie steht es um die Abwehrfront?

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Bochum: Donnerstag, den 23. Juni, 20.30 Uhr, im großen Saal der Wirtschaft Neuhaus, Alleestraße. Thema: Schaffung des linken Wahlblocks SPD bis KPD. Eintritte: ISK, SAP, DPV und Deutsche Friedensgesellschaft. Eintritt 10 Pfennig.

Witten-Ruhr: Dienstag, den 21. Juni, 20 Uhr, im großen Saal der Wirtschaft Rüttemeyer, Ardeystraße 104. Thema: Wie schaffen wir einen einheitlichen linken Wahlblock SPD bis KPD? Freie Aussprache! Eintritt: 10 Pf.

Wie kann die Wirtschaftskrise rasch überwunden werden?

Ueber dieses Thema spricht auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft für Industriereform HELLMUT RAUSCHENPLAT am Mittwoch, den 22. Juni, 20.20 Uhr im Institut für Betriebssoziologie der Technischen Hochschule, Franklinstraße 6 (zwischen U-Bahnhof Knie und Stadtbahnhof Tiergarten).

SOS-Ruf der Harzer Bergbaubetriebe.

t. Goslar, 18. Juni.

Arbeiter-, Wirtschafts- und Behördenvertreter der Kreise Goslar, Tellerfeld und Gandertheim haben das nachstehende Telegramm an HINDENBURG, an das preussische und braunschweigische Staatsministerium gerichtet:

„Stilllegung Harzer Bergbaubetriebe wird weiter durchgeführt. Kündigung der Arbeiterschaft zum 30. Juni ist ausgesprochen. Belegschaften und Bevölkerung des Harzer Notgebietes aufs äußerste beunruhigt. Bitten dringend durch schnellste Bereitstellung von Mitteln Entlassung und Stilllegung mit ihren nicht wieder gutzumachenden Folgen in letzter Stunde zu verhindern.“

Die AEG frßt Bergmann.

1300 Arbeiter werden entlassen.

Die Berliner Betriebe der Firma BERGMANN-Elektrizitätswerke in der Seestraße sollen vollständig, die in Berlin-Rosenthal teilweise stillgelegt werden. In Rosenthal werden 300, in der Seestraße 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen zur Entlassung kommen. Die Firma muß nach der Entscheidung des Oberpräsidenten eine Sperrfrist von sechs Wochen einhalten.

Werbt für die Einheitsfront! Zeichnet Euch ein in die Sammeliste!

Arbeitszeitkürzung.

In dem Aufsatz „Arbeitszeitkürzung“ in unserer Sonntagsnummer ist leider die folgende Statistik einzufügen vergessen worden:

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den Verbänden des ADGB Ende April 1932.

	1. Arbeitslose in Prozent	2. Kurzarbeiter Prozent	3. Durchschnittl. Kürzung d. Arbeitswoche in Stunden bei d. Kurzarbeitern	4. Durchschnittliche Arbeitszeit in Stunden
Bergarbeiter	19,1	34,2	14,2	42,0
Glasindustrie	51,6	15,8	14,8	43,3
Porzellanindustrie	41,3	31,8	18,4	38,0
Chemie	32,9	34,8	13,6	40,9
Metallarbeiter	46,8	29,4	16,6	38,8
Kupferschmiede	62,1	9,2	15,5	44,2
Maschinen- und Heizer	28,5	28,5	15,4	41,9
Textilarbeiter	33,9	40,7	15,5	38,5
Hutarbeiter	41,1	22,7	13,1	43,0
Schuhmacher	37,6	39,6	13,8	39,1
Papierhersteller	25,2	36,0	16,1	40,2
Buchdrucker	34,7	12,8	9,5	46,2
Lithographen	44,4	22,1	13,6	42,6
Graphische Hilfsarbeiter	34,4	18,1	13,7	44,2
Buchbinder	43,9	30,8	16,5	38,5
Lederarbeiter	36,0	35,1	14,3	40,1
Sattler und Tapezierer	61,7	11,9	16,0	43,0
Holzarbeiter	64,4	10,6	15,2	43,5
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	24,1	37,0	10,2	43,1
Zucker-, Konserven-, Pflanzenfettherstellung	44,5	12,9	11,1	45,1
Tabakarbeiter	44,2	21,4	15,0	42,2
Fabrikarbeiter	25,9	8,4	19,6	45,8
Gesamtverband der öffentlichen Betriebe und des Verkehrs	17,5	18,2	9,6	45,9
Gesamtdurchschnitt	36,7	25,8	14,3	42,2
Gesamtdurchschnitt Juni 1931	24,8	20,9	13,3	44,8

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerel u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

MAGDEBURG

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u.s.w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!
FRISCHKOST-REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug**, aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch noch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104, H. v. I.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barossastraße 8.
Telephon: 25 53 47

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

Juni: 20.-22. Eisenstein; Panzerkreuzer Potemkin.

Turksib (Der Bau einer Eisenbahn). Kulturfilm: Blum, Wasser und Wogen.

Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Gewerzug bei Einkäufen unsere Instrumente!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Soeben erschien:

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.

Von Helene Beyer. 52 Seiten. Geheftet 0,40 M.

Aus dem Inhalt:

Zur Zinstheorie der Freigeldlehre. Ist der Geldbesitzer dem Warenbesitzer wirtschaftlich überlegen? Die Ursache des Zinses. Worin besteht die „Willkür“ der sogenannten Geldbesitzer? Die Ursache der Ausbeutung. Kann der Zins durch Einführung von Schwundgeld abgeschafft werden? Wirkungen des Schwundgeldes.

Zur Krisentheorie der Freigeldlehre. Die Quantitätstheorie. Die Ursachen der Wirtschaftskrisen. Können die Wirtschaftskrisen vermieden werden durch die Einführung der Indexwährung? Können die Wirtschaftskrisen durch das Schwundgeld vermieden werden? Gold- oder Indexwährung? Der Geldstreik. Die Wära-Aktion.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postcheckkonto: Berlin 813 42.

Japanischer Nationalsozialismus.

Der japanische Hindenburg.

Von A. Baranoff.

Schanghai, 28. Mai 1932.

Wir berichteten im „Funken“, vom 27. April, über die in Japan heranreifende Krise. Inzwischen haben weitere Ereignisse stattgefunden, die als sehr besorgniserregend bezeichnet werden müssen.

Die wichtigsten Vorgänge an der Oberfläche sind die Ermordung des Ministerpräsidenten INUKAI durch mehrere Offiziere der Armee und Marine und die Bildung einer „überparteilichen“ Regierung unter dem Vorsitz des Admirals SAITO (24. Mai).

Die Seiyukai Partei, die bisher die Regierung innehatte, versuchte vergeblich ein neues Kabinett zu bilden. Auch die Ankündigung eines Programmes, das genau den Wünschen der faschistischen Elemente in der Armee entsprechend zugeschnitten war, konnte ihr nicht helfen. Die „Armee“ erklärte, daß sie eine Parteilosigkeit nicht mehr unterstützen könne, und diese Stellungnahme genügt, um zu der schon erwähnten „überparteilichen“ Regierung SAITO zu führen.

Freilich bedeutet diese neue Wendung keineswegs eine Herrschaft des Faschismus. Im Gegenteil, die Faschisten haben Mäßigung und politische Klugheit an den Tag gelegt, indem sie nicht einen ihrer Führer (z. B. HIRANUMA oder General ARAKI, den bisherigen Kriegsminister) zum Ministerpräsidenten vorschlugen, sondern sich damit begnügten einen parteilich farblosen Admiral zu wählen. Man könnte Admiral SAITO, soweit es sich um die Wirkung außerhalb Japans und um die Weiterentwicklung im Lande selbst handelt, als den „japanischen HINDENBURG“ bezeichnen: seine Korrektheit und seine Mäßigung wirken besänftigend auf das Ausland, während seine militärische, aller parteilichen Korruptheit abholde Mentalität dem Weiterwachsen der japanischen „Nazis“ nicht im Wege sein wird. Nichts wäre nämlich dem japanischen Faschismus so fatal gewesen wie ein allzu rasches An-die-Regierung-Kommen; während er sich nichts Besseres wünschen kann als eine Zeit des Wachstums und Ausgarens unter dem Firmenschild SAITO-HINDENBURGS.

Es ist bemerkenswert, daß sowohl die Londoner „Times“ als auch die Moskauer Presse sich mit Befriedigung über das neue Kabinett aussprachen. Gewiß, es hätte schlimmer werden können. Aber auf der andern Seite: dieses Kabinett ist kaum etwas anderes als eine Zwischenlösung, eine Etappe auf dem Wege zum Faschismus.

Was wollen die japanischen Faschisten? In erster Linie sind sie in Opposition zu dem korrupten und reaktionären Regime der japanischen Parteien. Ein auffälliges Beispiel von Korruptheit ereignete sich gleich anlässlich der Regierungsübernahme durch die Seiyukai im Dezember 1931), als diese Partei dem Riesenkonzern des Mitsui-Hauses zu einem Spekulationsgewinn von 60 Millionen Yen verhalf. „Es ist ein offenes Geheimnis“, schrieb die Tokioer Zeitung „Nichi Nichi“ am 19. Dezember, „daß gewisse Interessengruppen im großen Maßstab Dollar-Spekulation betreiben und daß sie deswegen ihren mächtigen Einfluß auf die Politik ausüben. Wären nicht die Dollarspekulanten dahinter gewesen, so hätte es auch keine Agitation für Aufgabe der Goldwährung gegeben. . . . Die Spekulanten erzielten Profite, indem sie das Wohl des Landes opferten.“ Die Mitsui Bussan Kaisha hat ferner versucht, auch aus der Mandchurien Profite zu schlagen. Auch hier bediente sich der Konzern der Hilfsdienste der Seiyukai, indem die Politiker gegen den Vorsitzenden der Süd-Mandschurischen Eisenbahngesellschaft, der dem Interesse der Mitsui im Wege stand, zu intrigieren begannen. Freilich stieß dieser Plan auf den energischen Protest der „Armee“, die diesmal siegreich hervorging. Die Absichten der „Armee“ hinsichtlich der Mandchurien sind nämlich nicht auf eine kapitalistische Profitmacherei gerichtet, sondern auf eine Ausnutzung im Interesse des „Volkes“, d. h. durch Förderung einer Kolonisation im großen Maßstab und Anlegung von Reis- und Weizenplantagen, um Japan von der Lebensmittelfuhr aus dem Ausland unabhängig zu machen. Ein Mitsui-Direktor äußerte sich im Gegensatz hierzu durchaus abfällig über Weizenbau; er versprach sich mehr von einer schwerindustriellen Betätigung (siehe „Osaka Mainichi“, 22. Januar 1932). Dementsprechend sind auch die Absichten hinsichtlich der politischen Zukunft der Mandchurien in zwei getrennte Richtungen gespalten: die Armee will eine praktische Annexion, während die Politiker und Wirtschaftler mit einer weniger weitgehenden Loslösung von China zufrieden wären. Auch in der japanischen Innenpolitik stoßen die Ziele der „Armee“ mit denen der Kapitalisten zusammen. Die Seiyukai hatte in der Hauptsache an der Arbeitslosenunterstützung gespart, gleichzeitig den Polizeetat erhöht. Für die Unterstützung der in immer tieferer Not versinkenden Bauern hatten sie nichts unternommen. Die „Armee“ dagegen ist für eine soziale Politik und einen Lastenausgleich.

Was nun diesen „Sozialismus“ der Armee zu einer Gefahr macht, ist eben ihr National-Sozialismus: ihr aggressiver Imperialismus, dessen Methoden bekannt sind! Sie wird sich nicht zufrieden geben mit der Mandchurien, sondern wird weiter gehen: China, Sibirien sind ihr nur Stufen auf dem Wege zur „Eroberung der Welt“, wie das in jenem als TANAKA Denkschrift bekannten Dokument zu lesen ist.

Wir glauben zwar nicht, daß Japan es so weit bringen wird, die „Welt“ zu erobern. Aber auch schon ein bescheideneres Ziel kann jenem Faschismus Gelegenheit geben, seinen Irrsinn häufig genug zu demonstrieren.

Neuer Kriegsschauplatz in China

Im Süden Angriff der Tibetener — im Norden Vordringen der Japaner.

Amtlich wird mitgeteilt, daß tibetanische Truppen ganz plötzlich die chinesische Grenze überschritten und die chinesischen Truppen in der Provinz Sintschan angegriffen haben. Es ist zu blutigen Kämpfen gekommen, wobei die Chinesen Verluste erlitten haben und zurückweichen mußten.

Der Dalai-Lama (der Oberhirte der tibetanischen Menschenherde) soll die Mobilisierung der tibetanischen Truppen angeordnet haben.

Kain oder Abel?

Ein Prozeß der Reaktion.

H. Lt. Schon vor mehreren Jahren hatte der damalige Führer der deutschvölkischen Freiheitsbewegung, VON GRAEFE, gegen HITLER den Vorwurf erhoben, HITLER sei „in seelische und materielle Abhängigkeit“ von MUSSOLINI geraten. Die Hauptschriftleiter des „Bayerischen Kuriers“ (Zeitung der Bayerischen Volkspartei) und der „Münchener Post“ (SPD) machten sich diesen Vorwurf zu eigen. Alle drei wurden deshalb im Jahre 1929 zu je 1000 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung HITLERS verurteilt. Sie legten Berufung ein. Während der Berufungsverhandlungen im Februar 1930 meldete sich ein neuer Zeuge, WERNER ABEL, ein jetzt 30 Jahre alter Schriftsteller. Er erklärte unter Eid klar und bestimmt, HITLER habe durch Vermittlung des italienischen Hauptmanns MIGLIORATI Geld von den italienischen Faschisten erhalten. HITLER erstattete sofort Meinungs-Anzeige gegen ABEL. Die Berufungsverhandlungen wurden bis zur Erledigung des Meineidsprozesses ausgesetzt. ABEL fuhr nach Amerika, um den dort lebenden MIGLIORATI zu gerichtlichen Aussagen zu bewegen. Im Februar 1931 kehrte ABEL nach Deutschland zurück und wurde vorübergehend in Untersuchungshaft genommen. Endlich, am 7. Juni 1932, begann der Meineidsprozeß gegen ABEL vor dem Münchener Schwurgericht.

In diesem Prozeß war ABEL noch wegen eines anderen Meineids angeklagt. Er hatte im Januar 1930 als Zeuge in einem Ermittlungsverfahren gegen OTTO BRAUN beschworen, Dr. ROTH — früher bayerischer Justizminister, dann anlässlich des HITLER-Putsches auf Festung in Schutzhaft, jetzt bayerischer Generalstaatsanwalt — habe ihm erzählt, BRAUN sei der Mörder des USP-Abgeordneten GAREIS und habe unter stillschweigender Duldung der Regierung KAHR in München gelebt.

Keiner der vielen Zeugen — unter denen sich auch der in New York vernommene Italiener MIGLIORATI und Dr. ROTH befanden — bestätigte die Aussagen ABELS. ABEL ist deshalb wegen zweier Verbrechen des Meineids zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Der nationale Sumpf.

Mit 16 Jahren kam ABEL von der Obersekunda weg zu den Baltikumern. Bei ihnen befand sich — wie der Gerichtsvorsitzende seufzend feststellte — neben manchen anständigen Menschen auch viel Gesindel. Schon im Jahre 1920 wurde ABEL wegen Betrugs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Schneidermeister um etwa 15 000 Mark geprellt hatte. (Ein Gerichtsverfahren gegen ABEL im Jahre 1924 wegen Münzverbrechens wurde wegen Unzurechnungsfähigkeit ABELS eingestellt. Im Jahre 1927 wurde er wegen eines neuen Münzverbrechens zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.) Mit 20 Jahren kam ABEL nach München, wo eben der Hitlerputsch vorbereitet wurde. Der Vorsitzende der vaterländischen Verbände Ostpreußens, Graf SCHWERIN, weiß jetzt nicht mehr genau, ob er LUDENDORFF und dem bayerischen „Kronprinzen“ gegenüber ABEL als seinen Mittelsmann bezeichnet habe! Jedenfalls wurde ABEL zu wichtigen politischen Missionen verwendet. Er vermittelte 50 norddeutsche Flüchtlinge als Zeitfreiwillige für die Reichswehr und er besorgte für das Freikorps ROSSBACH Reichswehr-Uniformen. Oberst SEISSER verschaffte ihm einen falschen Pass auf den Namen YSENBURG. Von nun an bezeichnete sich ABEL bald als Admiralssohn, bald als Baron, Graf oder Erbprinz. Er verkehrte mit Exzellenzen und Generälen und legte sich einen Adjutanten zu. Als man einmal nicht allen seinen finanziellen Wünschen nachkam, brach er in einen Weinkampf aus. Nachträglich äußert jetzt Graf SCHWERIN, der Angeklagte sei ihm schon immer nicht ganz geheuer vorgekommen.

Feme.

Nachdem ABEL im Beleidigungsprozeß zu Ungunsten HITLERS ausgesagt hatte, setzte ein Vernichtungsfeldzug gegen ABEL ein. Er wurde damals auf dem Flur des Gerichtsgebäudes gegen seinen Willen von dem nationalsozialistischen Stadtrat HOFMANN photographiert. Stadtrat ESSER ergriff den Apparat und lief damit davon, um ihn dem Zugriff der Polizei zu entziehen.

Drei Tage später erschien im „Völkischen Beobachter“ das Bild des Angeklagten mit der Aufforderung: „Nun kann man diesem notorischen Spitzel bei jeder Gelegenheit die Meinung sagen.“

Später wurde er in seiner Berliner Wohnung von vier NS überfallen und bedroht. In Berlin-Wilmersdorf wurde er von Angehörigen der NS auf der Straße körperlich mißhandelt. Auch bei den Verhandlungen vor dem Münchener Schwurgericht wurden ABEL und seine Verteidiger — wie der Gerichtsvorsitzende mitteilte — mehrmals vor dem Sitzungssaal gestoßen und belästigt.

Die Frage der Finanzquellen Hitlers

konnte nicht restlos geklärt werden. Als sich die Verteidiger ABELS nach HITLERS Verbindung mit tschechischen und französischen Rüstungsindustriellen erkundigten, bekam HITLER Schreikrämpfe und verweigerte den „jüdischen Anwälten“, denen er vorher geantwortet hatte, weitere Auskunft. (Strafe:

Zwischen Tibet und England soll ein Geheimabkommen abgeschlossen worden sein, wonach England 40 Geschütze, 2000 Maschinengewehre und 2 Millionen Schuß Munition liefert. Dafür sollen die britischen Rechte in Tibet in wirtschaftlicher Beziehung weiter verstärkt werden.

Am Freitag ist in der mandchurischen Hauptstadt Tschangtschun eine Gruppe Beamter des japanischen Postministeriums eingetroffen, die die Leitung der mandchurischen Post übernommen haben. Außerdem werden mehrere japanische Beamte für die Verwaltung und Organisation des Steuerwesens im neu gebildeten mandchurischen Staat erwartet.

Die japanische Presse gibt bekannt, daß auf Grund des Befehls des japanischen Kriegsministers ARAKI eine besondere Kolonisationsabteilung im japanischen Kriegsministerium gebildet worden ist, die sich die Ansiedlung von ehemaligen Angehörigen des japanischen Heeres in der Mandchurien zur Aufgabe gestellt hat. Die japanische Regierung hat sich bereit erklärt, die Kolonisationspläne des japanischen Kriegsministers in Höhe von 10 Millionen Yen (13 Millionen Mark) zu finanzieren.

800 Mark wegen Zeugnisverweigerung, 200 Mark wegen Ungebühr vor Gericht.) Auch der nationalsozialistische Stadtrat CHRISTIAN WEBER verweigerte „aus Prinzip“ den Anwälten „fremder Rasse“ bei der Frage nach Auslands-Geldern jede Antwort. (Strafe: 500 Mark wegen Zeugnisverweigerung.) Hauptmann GÖRING von der Berliner NSDAP äußerte sich etwas aufschlußreicher: „Ich habe gehört, daß wir Gelder aus der Schweiz und der Tschechoslowakei von Auslandsdeutschen bekommen haben.“ Aus Frankreich und Italien soll überhaupt kein Geld gekommen sein. Kapitänleutnant a. D. HOFMANN, der vor dem Putsch mit der Organisation der SA beauftragt war, erklärte,

daß er und seine Mitarbeiter während der Hochinflation in Schweizer Franken ausgezahlt wurden.

Das Gericht ließ folgende Frage des Rechtsanwalts EHRHARDT an den Zeugen HOFMANN nicht zu: „Sie haben 1923 eine Besprechung zwischen dem englischen Politiker MOREL und KAHR verdolmetscht. MOREL soll geäußert haben: Meine Pariser Freunde haben mir erzählt, daß ein Großteil des Geldes der HITLER-Bewegung aus Frankreich stammt. Das Geld geht durch acht bis neun Hände über das Ruhrgebiet.“

Kapitänleutnant a. D. WENIG, der jede Verbindung mit HITLER in Abrede stellte, machte immerhin die interessante Mitteilung,

er habe einen Fonds von 20 Millionen Mark zu verwalten gehabt, der von ostpreussischen Standesherrn stamme und zur Unterstützung der Münchener rechtsradikalen Bewegung bestimmt war.

ABEL habe daraus eine Unterstützung erhalten. Das Uebrige sei rasch entwertet worden. (Die ostpreussischen Junker bekommen aus den Mitteln der Steuerzahler „Osthilfe“!)

Roßbach und das Reichsgericht.

Auch über die Tätigkeit des Reichsgerichts erhielten wir bei dieser Gelegenheit eine bezeichnende Auskunft. Der Freikorpsführer ROSSBACH erzählte, drei Tage vor seiner Ankunft in München sei er 1923 in Leipzig aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Der Leipziger Untersuchungsrichter habe ihm geraten, nicht nach Berlin, sondern nach München zu gehen, da in Berlin ein neuer Haftbefehl gegen ihn vorliege!

„Genosse“ Scherlinger, Reichswehr und Hitler.

Der ehemalige nationalsozialistische Reichswehrleutnant SCHERLINGER erklärte — nach den Angaben der „Neuen Zeitung“ (KPD, München):

„Mit Rücksicht auf die revolutionären Gesinnungsgenossen in der SA u. s. w., die ja betrogen werden von HITLER und Konsorten, lehne ich eine Auskunft über die revolutionäre Tätigkeit von damals ab.“

Wie die „Münchener Post“ mitteilt, entgegnete der NS-Anwalt FRANK II hierauf, SCHERLINGER und seine Kameraden hätten es nicht nötig gehabt, die Reichswehr zu zersetzen; die Reichswehr sei ja eine einzige nationalsozialistische Zelle! Das Reichswehrministerium erklärt, es werde prüfen, ob FRANK II diese Äußerung wirklich getan habe; die Reichswehr sei nach wie vor unpolitisch und werde dies auch bleiben. Nach Mitteilung der nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz hat FRANK II im ABEL-Prozeß folgendes ausgeführt:

„Die Nationalsozialisten haben es gar nicht nötig, die Reichswehr zu zersetzen. Die Reichswehr ist der einzige noch vorhandene große Machtfaktor Deutschlands. Sie ist infolge ihrer grundsätzlich weltanschaulichen Einstellung der nationalsozialistischen Bewegung sehr nahe gebracht.“

Es wäre also für uns keineswegs mehr nötig, nationalsozialistische Zellen in der Reichswehr zu bilden.

ADOLF HITLER hat immer den Standpunkt eingenommen, daß eine unterirdische Wühlarbeit dieser Art einer sauberen und offenen Kampfstellung, wie sie der Nationalsozialismus inne hat, zuwiderlaufen würde.“

Kurz: ein in vielen Einzelheiten aufschlußreicher Prozeß!

w München, 18. Juni.

Der Verteidiger des vom Schwurgericht München wegen Meineids zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurteilte WERNER ABEL hat gegen dieses Urteil Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Spiegel der Reaktion in Ueberschriften von telegraphischen Meldungen: „Waffentag der deutschen Kavallerie. General von MACKENSEN und General von EINEM als Teilnehmer.“ „Zweiter Waffentag der deutschen Kavallerie in Hannover. Massenbesuch.“ „Kaiser WILHELM II. an den Waffentag der deutschen Kavalleristen.“ Sonderfahrt des deutschen Flottenvereins an die Wasserkante.“ „Beginn des Bundeschießens der Barnimer Schützenschaft in Bernau.“ „Stahlhelmtag in Perleberg.“

„Vierter schlesischer Landesverbandstag des Bundes Königin Luise.“ „Die 200-Jahrfeier der Salzburger in Ostpreußen.“ Dies alles sind Meldungen vom 18. und 19. Juni.

Der Preissturz. — Die internationale Schuldenlast.

Ein außergewöhnlicher Krisenfaktor.

Die Regierung BRÜNING ist nicht nur deshalb gestürzt worden, weil sie die überschuldeten Großgrundbesitzer nicht mehr halten wollte, sondern auch deshalb, weil die Schwerindustrie sich bedroht fühlte. Denn neben dem Großgrundbesitzer gehört die Schwerindustrie zu den am meisten überschuldeten Wirtschaftszweigen.

Von dieser privaten Schuldenlast, die auch nicht-deutsche Unternehmungen bedroht, spricht man in der Öffentlichkeit weniger als von den internationalen politischen Schulden. Aber diese private Schuldenlast ist in Wahrheit ein noch wichtigerer Faktor in der internationalen Lage als die politische Schuldenlast. Eine Veränderung der privaten Schulden ist eine soziale Angelegenheit; sie kann zu einem sozialen Konflikt führen, der ernster ist als der Konflikt der heutigen Regierungen über die internationalen politischen Schulden.

Entweder machen die großagrarischen, schwerindustriellen und einige anderen Schuldner bankrott, verlieren also ihre wirtschaftliche Machtstellung. Oder, wenn man ihre Schulden abwertet, verlieren ihre Gläubiger fast alles. Die Beseitigung der Schulden durch „Abwertung“ (wenn Bolschewisten dies tun, brandmarkt man es als Annullierung), ist das gleiche wie die Schulden-Streichung durch die Geldentwertung von 1920/23. Nur die äußere Erscheinungsform wäre heute eine andere als damals.

Welche Bedeutung

kommt der privaten Schuldenlast zu?

Zur Beantwortung dieser Frage gewinnen wir einen Anhaltspunkt, wenn wir die Veränderung des realen Wertes

der Schulden infolge der Preisveränderungen untersuchen. Bei einem derartigen außergewöhnlichen Preissturz, wie wir ihn auf dem Weltmarkt im Verlauf dieser Krise erlebt haben, geraten Schuldner, die eine (langfristige) Anleihe oder einen (kurzfristigen) Kredit aufgenommen haben (z. B. zur Erweiterung ihres Betriebs), in eine ernste Lage. Für die Waren, zu deren Herstellung sie seiner Zeit Maschinen zu teuren Preisen gekauft haben, erhalten sie heute weniger Geld, als sie seiner Zeit erwartet haben. Die heutigen Preise tragen daher mit dazu bei, daß viele Unternehmer nicht mehr genug verdienen, um die Zinsen auf ihre Schulden zu bezahlen, — von einer Rückzahlung des geliehenen Kapitals gar nicht zu reden.

Die Lage ist heute derart gespannt, daß ohne eine beträchtliche Streichung der privaten Schulden, auf die eine oder andere Weise, diese Krise nicht behoben werden kann.

Manche kapitalistischen Kreise innerhalb und außerhalb Deutschlands beginnen, dem in die Augen zu sehen. (Vergleiche den „Deutschen Volkswirt“ vom 6. November 1931; den „Index“, Monatsbericht der Svenska Handelsbanken, für Mai 1932.) Aber viele Sozialisten leisten sich in dieser Hinsicht nach wie vor ihre alte Vogel-Strauß-Politik. Sie bilden sich ein, immer noch mit so harmlosen Maßnahmen wie einer „kleinen Kreditausweitung“ für die Arbeitsbeschaffung durchkommen zu können. Daher sollten einige Tatsachen zusammengestellt werden, die hoffentlich dazu beitragen, daß das Krassen der Lage in die Augen springt.

Wir wiederholen: Wichtig an den obigen Ziffern ist nicht nur das Ausmaß des Preissturzes, sondern auch die Zerreißung des Preisgefüges: des Verhältnisses der verschiedenen Waren-Preise zu einander. Hierzu schreibt die National City Bank mit Recht: „Der Zusammenbruch der früheren Preis-Verhältnisse ist von einer beispiellosen Heftigkeit gewesen. FREDERICK C. MILLS, vom National Bureau of Economic Research, eine führende Autorität auf dem Gebiet der Preisbewegungen, erklärt: „Die Unterschiede, die zwischen den Preisen verschiedener Waren in dieser Periode zustande gekommen sind, lassen alles hinter sich, worüber wir aus früheren Perioden der Preissenkungen Aufzeichnungen haben.“ Der Austausch von Waren gegen einander oder gegen Dienstleistungen — was ja den Handelsverkehr ausmacht — ist durch diese Ungleichheiten auf eine Weise zerrissen worden, wie es bisher noch nie vorgekommen ist.“

Die Sonderstellung des Eisenpreises.

Aber einen weiteren Unterschied zwischen der gegenwärtigen Krise und früheren Krisen, der ebenfalls aus der vorstehenden Tabelle zu ersehen ist, — den hat die National City Bank nicht genannt: Es handelt sich „nur“ darum, daß der

Eisenpreis weit weniger gesunken

ist als die anderen Rohstoff-Preise. Er ist der einzige Rohstoff-Preis in der vorstehenden Tabelle, der beinahe noch auf dem Stand von 1913 geblieben ist.

Wie in Deutschland so ist auch in den USA die Wirtschaftspolitik an den Interessen der Schwerindustrie und Großbanken orientiert. Auch in den USA hat die Regierung, wie in Deutschland, die Konjunktur durch Eisenbahn-Aufträge anzukurbeln versucht, das heißt: durch Bestellungen, die vor allem der Schwerindustrie zu gute kommen.

Die Folgen sind die gleichen in Amerika wie in Deutschland.

Hohe Eisenpreise halten die Produktionskosten aller anderen Wirtschaftszweige hoch.

Indem man heute die Bankerotte in der amerikanischen wie der deutschen Schwerindustrie zu vermeiden sucht (durch Eisenbahn-Aufträge u. s. w.), auf Kosten der Bankerotte der kleineren und mittleren Betriebe, sät man aber auch in den USA den Ast ab, auf dem man sitzt: die Kaufkraft des inneren Marktes.

Die Folge ist, daß heute sogar die amerikanische Stahlindustrie selber mit Verlust arbeitet. Die United States Steel Corporation, die größte Stahlgesellschaft der Welt, arbeitete im ersten Vierteljahr 1931 noch mit einem Gewinn von 6,77 Millionen Dollar; im ersten Vierteljahr 1932 hatte er einen Verlust von 13,22 Millionen Dollar. Bei fünfzehn anderen amerikanischen Stahlgesellschaften lauten die Gesamtziffern für die gleichen Perioden: Gewinn von 0,72 Millionen, Verlust von 14,05 Millionen Dollar.

Die Hochhaltung des Eisenpreises hat der amerikanischen Schwerindustrie also so wenig genützt wie der deutschen. Diese Preispolitik ist aber gerade einer der wichtigsten Faktoren dafür, daß der Sturz anderer Preise so außergewöhnlich heftig geworden ist. Und dieser

heftige Sturz der meisten Preise ist die Ursache dafür, daß die Schuldenlast heute so drückend geworden ist wie nur selten in der Geschichte.

Herbert Reinemann

Erkennen MacDonald und Herriot die Gefahr?

In London liegen nach dem „Berliner Tageblatt“ Nachrichten vor, daß MACDONALD und HERRIOT eine Generalrevision der Schulden in Europa ins Auge gefaßt haben. Angeblich denken sie an eine Herabsetzung des Zinsfußes in Anpassung an den steigenden Geldwert und zwar zum Beispiel auch für Stadtanleihen, auch für die unter das Stillhalteabkommen fallenden privaten Schulden.

Wenn die Nachricht sich bewahrheitet, hätten wir hier ein neues Zeichen dafür, daß manche kapitalistischen Kreise beginnen, der Lage in die Augen zu sehen, die in unserem vorstehenden Aufsatz geschildert ist.

Die Heftigkeit des Preissturzes.

Der Monatsbericht der National City Bank für Mai bringt eine in diesem Zusammenhang interessante Uebersicht der Preise verschiedener Waren (in den USA!) seit 1890. Um jene Zeit wurde der Tiefpunkt einer Preisbewegung erreicht, die in Europa um 1873 und in den USA um 1865 begonnen hatte. Nach der Krise von 1892 fingen die Preise international wieder an zu steigen. Eine Vergleichung der heutigen Preise mit denen von 1892 führt zu folgendem Ergebnis: Die Preise der meisten Rohstoffe sind jetzt nicht etwa bloß wesentlich niedriger als in den letzten Jahren vor der Krise (1924—29), nicht nur niedriger als 1913; sondern sie sind sogar meist auf den tiefsten Stand gesunken, der seit den neunziger Jahren zu verzeichnen gewesen ist.

Das ist eine ganz außerordentliche Krisenerscheinung. In der Zeit von 1892—1913 wurde zwar die Preissteigerung von den damaligen Krisen (1899/1900 und 1907/08) unterbrochen; aber die Preise wurden in diesen Krisen nur um einen Teil der vorhergehenden Steigerung zurückgeworfen; insgesamt ging also die Preis-Kurve zickzackartig in die Höhe. Auch nach 1913 (in der Krise von 1920/21 und in der Stockung von 1923/24) wurden die Preise in den damaligen Geldwährungs-Ländern nicht derartig tief gedrückt wie heute. Um einen Maßstab für die Heftigkeit des gegenwärtigen Preissturzes zu bekommen, muß man die heutige Krise mit zwei früheren Krisen vergleichen.

Zwei frühere Preisstürze zur Vergleichung.

Wir haben einen Fall zur Verfügung, in dem (unter dem Kapitalismus) die Preise plötzlich, wie heute, stürzten, und zwar sogar um eine noch größere Spanne als heute: 1920/21. In dem anderen Fall, um 1890, fielen die Preise — ebenfalls wie heute — auf einen lange nicht erreichten Tiefstand, nämlich auf den Stand um 1850. Aber in diesen beiden Fällen war der Sturz nicht so gefährlich wie heute.

Im Falle der Krise von 1920/21 (die an Deutschland wegen der Inflation vorüberging) hatten die hohen Preise vor dem Sturz, als Folge des Warenhungers der kriegführenden Staaten, nur kurze Zeit (1918/19) bestanden. In dieser Zeit waren verhältnismäßig wenige Schuldverpflichtungen eingegangen worden. — Der der heutigen Krise vorhergehende Preisstand dagegen galt, international, weitgehend seit 1922, also acht Jahre hindurch, bis 1929.

Zu diesen Preisen — und zu dem entsprechenden Verhältnis der verschiedenen Warenpreise zu einander — wurde Jahre hindurch kalkuliert, wurden Maschinen angeschafft, wurden Kredite zur Vergrößerung von Lagern aufgenommen; und nun sind die erwarteten Einnahmen zusammengeschmolzen.

Der Fall von 1890 war ebenfalls weniger einschneidend als heute. Denn etwa 13 Jahre, von 1873 bis um 1886, dauerte es, bis die Preise wieder auf dem niedrigen Stand von 1850 ankamen; und während zehn weiterer Jahre, von 1886 bis etwa 1896, sanken die Preise allmählich (!) noch tiefer. In dieser Periode des allmählichen Rückgangs konnte der einzelne Unternehmer also seine Lager allmählich wieder losschlagen, kurzfristige Kredite allmählich abbauen.

Heute dagegen ist der so außergewöhnlich heftige Preissturz auf zwei bis zweieinhalb Jahre, 1930/32, zusammengedrängt worden. Ein derartiger katastrophaler Preis-Sturz ist im modernen Kapitalismus einfach noch nicht dagewesen.

Der Preisstand vor 1929 war durch ein künstliches Kreditgebäude hochgehalten worden. Damals wurde der Ausdruck: „pyramiding of credit“, pyramidenmäßiger Kredit-Aufbau, gebraucht. Man darf heute sagen, daß dieser Wolkenkratzer, dieser Turmbau, jetzt völlig zusammengebrochen ist.

Zerreißen des Preis-Gefüges.

Nicht nur der Zusammenbruch der Preise im allgemeinen ist wichtig. Sondern auch das Durcheinander, in das das Verhältnis verschiedener Waren-Preise zu einander geworfen worden ist, erschüttert die ganze Wirtschaft. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist der Durchschnitt von 784 Waren-Preisen gegenüber dem Durchschnitt von 1925-29 „nur“ um 33 Prozent gesunken. Die Preise der Rohstoffe in der nachstehenden Tabelle sind dagegen um 61 Prozent gesunken. Die Preise anderer Waren, insbesondere von Fertigfabrikaten, sind also weniger als 33 Prozent gesunken. Das trifft die Erzeuger von Rohstoffen, insbesondere die Farmer, außerordentlich schwer. Sie müssen ihre Rohstoffe billig verkaufen und Fertigfabrikate (Kleider, Werkzeuge) teuer einkaufen.

Wir bringen die nachstehende Zusammenstellung von Preisen der hauptsächlichsten Rohstoffe aus dem Monatsbericht der National City Bank in der Form, daß wir zunächst alle Waren aufführen, deren Preise nicht unter den Tiefstand der

Periode 1890/1913 gesunken sind (alle Preise sind unter den Stand von 1913 gefallen). Danach folgen die Rohstoffe, deren Preise unter den Tiefstand der neunziger Jahre gesunken sind oder diesen Tiefstand fast erreicht haben.

Wo nichts Besonderes angegeben ist, verstehen sich die Ziffern in amerikanischen Cents für ein englisches Pfund. (Ein Cent = 4 Pfennig; ein englisches Pfund = 450 Gramm.) In fast allen Fällen sind in der Tabelle die für die letzte Woche des April 1932 angegebenen Preise auch die niedrigsten Preise seit Kriegsschluß; in einer Reihe von Fällen sind 1931/32 bereits noch etwas niedrigere Preise vorgekommen als im April 1932; diese Preise sind in der letzten Spalte angegeben. Die genaue Angabe der Qualität der Rohstoffe haben wir weggelassen.

Ware	Niedrigster Stand vor dem Krieg	Durchschnitt 1913	Durchschnitt 1925/29	Letzte Woche April 32	Rückgang in %	Niedr. Stand 1931/32
Roheisen (Doll. je Ton.)	9,98 1897	15,42	19,84	14,35	28	
Zinn	12,62 1896	44,32	56,64	20,—	65	18,62
Jute	1,88 1895	6,70	8,24	3,15	62	
Mais (je Bushel)	19,50 1896	61,60	89,66	31,75	65	29,50
Hafer (je Bushel)	14,75 1896	37,60	48,70	22,75	53	20,50
Butter (je Bushel)	13,50 1890	31,—	44,54	20,—	55	19,—
Rindfleisch	3,— 1890	8,58	12,18	7,20	41	
Wolle	29,03 1896	56,20	115,94	47,—	59	
Kupfer	9,— 1894	15,27	14,81	5,75	61	
Blei	2,68 1896	4,37	7,46	3,—	60	
Zink	3,10 1895	5,61	7,11	2,97	59	
Silber	47,38 1902	61,20	59,74	28,—	53	26,—
(je Unze)						
Petroleum (je Faß)	51,38 1892	245,—	146,—	86,—	41	25,—
Baumwolle	5,31 1898	12,77	19,54	6,10	69	5,50
Seide	290,— 1915	372,—	559,—	138,—	75	
Gummi	40,— 1914	82,—	40,60	3,—	93	2,95
Kaffee	5,08 1903	11,13	17,10	7,75	55	5,25
Zucker	1,56 1902	2,15	2,51	0,65	74	0,60
Kakao	10,— 1910	13,94	12,11	4,42	44	3,87
Weizen (je Bushel)	48,75 1895	98,60	150,68	55,75	63	44,62
Eier (frisch je Dtz.)	10,— 1898	22,60	33,64	11,50	66	
Rindshäute	5,12 1894	18,40	18,08	4,—	78	

Daß die deutsche Arbeiterschaft von diesen Preissenkungen auf dem internationalen Markt noch nicht viel gemerkt hat, ist eine Folge der deutschen Zölle, Kartelle, Subventionen.

Kapitalflucht vor Papen.

Die deutschen Grenzen sind gesperrt, sonst würden wir wohl zur Zeit eine starke Kapitalflucht aus Deutschland erleben. Nun vollzieht sich innerhalb der deutschen Grenzen eine „Kapitalflucht“. Der „Bayerische Kurier“ entnimmt dem Pressedienst KRAUSS unter ausdrücklicher Zustimmung folgende Mitteilungen darüber:

„Ein hervorragender Wirtschaftsführer Süddeutschlands hat dieser Tage in einer öffentlichen Rede mitgeteilt, daß unter dem Einfluß der politischen Vorgänge der letzten Zeit innerhalb weniger Tage 60—70 Millionen Spargelder von den Kassen abgehoben worden seien.“

Mittlerweile hat sich noch eine andere interessante Tatsache ergeben, nämlich die Verlegung von Guthaben und anderen Kapitalien aus Norddeutschland nach Süddeutschland. In Verbindung damit steht eine ganz auffallend erhöhte Kaufkraft in süddeutschen, insbesondere bayerischen Pfandbriefen. Diese Pfandbriefe, die bisher fast immer mehrere Prozent unter den Notierungen der Pfandbriefe für die norddeutschen Hypothekenanstalten lagen, bewegen sich neuerdings erheblich über dem Kurs dieser norddeutschen Papiere. Während der Kursdurchschnitt für die norddeutschen Hypothekendarlehen zur Zeit etwa 70 ausmacht, bewegt er sich bei den bayerischen Pfandbriefen um etwa 75 Prozent herum. Freilich hat sich diese höhere Bewertung nicht erst in den letzten Tagen, sondern auch schon seit einiger Zeit herausgebildet, und die Entwicklung liegt in dem erhöhten Vertrauen der anlagensuchenden Kreise gegenüber den bayerischen Goldpfandbriefen begründet, weil nämlich die Beileihung der süddeutschen Hypothekenbankinstitute wesentlich vorsichtiger erfolgt ist als zuweilen bei norddeutschen Anstalten — wie sich bei verschiedenen Vorkommnissen der letzten Wochen herausgestellt hat. Im übrigen ist die Verlagerung von bisher in Norddeutschland angelegten Kapitalien nach Süddeutschland wohl auch auf politische Erwägungen zurückzuführen, weil man die politischen Verhältnisse in Süddeutschland als gesicherter ansieht als im Norden des Reichs.“

Kurpfuscherei ist kostspielig.

Die Finance Reconstruction Company (Wiederaufbau-Gesellschaft) in den Vereinigten Staaten, die am 2. Februar ihre Tätigkeit begann, hat bis zum 1. Juni an Banken 500 Millionen Dollar, an Eisenbahn-Gesellschaften 140 Millionen Dollar Kredite gegeben. In den USA findet eine sogenannte „kontrollierte Inflation“ statt. Was bei solchen Maßnahmen herausschmeißt, wenn man nicht daran geht, das Krisenübel an der Wurzel anzufassen, beschreibt GILBERT C. LAYTON, London, in der „Neuen Zürcher Zeitung“ folgendermaßen:

„Ja, selbst die Verhütung des Schlimmsten ist noch nicht endgültig gelungen. Die Situation ist heute so, daß bestimmt mehr als vier Fünftel sämtlicher amerikanischen Industrieunternehmungen mit Verlust arbeiten und daß immer mehr sich der Kreis jener potenten Kapitalnehmer einengt, der allein zu einer Ausdehnung der Produktion in der Lage wäre. Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, daß bereits heute der größte Teil der von der Finance Reconstruction Company der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Kredite als endgültig verloren anzusehen ist, ohne daß dadurch eine dauernde Sanierung der notleidenden Betriebe erreicht worden wäre.“

Druckfehlerteufel im Dienst der Großagrarier.

In der Sonntags-Nummer des „Funkens“ ist unser Kampf für agrarpolitische Aufklärung erheblich gestört worden von einem Druckfehlerteufel, der offenbar in Ostelbien beheimatet ist. In großen Buchstaben steht da nun leider die Ueberschrift: „Junker und Bauern gegen Konsumenten.“ Es sollte heißen, wie die meisten Leser hoffentlich selber gemerkt haben: „Junker gegen Bauern und Konsumenten.“